Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 79 Redaktion u Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Dienstag, 5. April 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Nach dem Osterburgfrieden

Reichskanzler Brüning beginnt seinen Redefeldzug

Nach Beendigung seines Osterurlaubs, den er in Badenweiler verbracht hat, begann Reichskanzler Dr. Brüning in der badischen Landeshauptstadt seinen bereits vor längerer Zeit festgelegten Redefeldzug. Der Reichskanzler skizzierte die Bedeutung des zweiten Wahlganges, dabei anknüpfend an seine letzte Rede vor dem ersten Wahlgang in Breslau, in der er ausgeführt hatte: „Die Wochen, die vergehen werden zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, sind Wochen schwersten Geschehens, in denen aber durch die Schuld eines Teiles des deutschen Volkes die Reichsregierung außenpolitisch nicht so verhandlungsfähig ist wie es notwendig wäre."

Daß er nicht nach London fahren könne,

fuhr der Reichskanzler fort, sei nicht so bedauerlich, weil

ausgezeichnete Männer an seiner Stelle

fahren werden. Daß das deutsche Volk nun noch drei weitere Wochen in den Wahlkampf gezogen werde, sei ein trübes Zeichen für den Teil, der die Kampagne herbeigeführt habe. Der Reichskanzler kam dann auf seinen Versuch zu sprechen,

die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege

zu erreichen. Der Grund für diese seine Bemühungen sei gewesen, daß sich die Reichsregierung klar darüber war, was besonders in außenpolitischer Hinsicht geschehen würde. Wenn wir, fuhr Dr. Brüning fort, im Januar oder Februar in einer kurzen Reichstagsperiode die Amtszeit des Reichspräsidenten verlängert hätten, würde das für uns nicht nur außenpolitisch eine Stärkung bedeutet haben, sondern es kam noch etwas hinzu. Solange wir die jetzige politische Stabilität in Deutschland nicht sichern und nicht sichern können, so wird es durch die immerwährenden politischen Unruhen keine Erholung der Wirtschaft geben und wird die Ankurbelung der Wirtschaft auf sich warten lassen.

Dr. Brüning beschäftigte sich sodann eingehend

mit der nationalsozialistischen Bewegung.

Diese habe keineswegs die Absicht, produktiv mitzuarbeiten. Als Beispiel seien Hessen und andere Staaten anzuführen, in denen die Nationalsozialisten zur Macht gelangt seien. Das Ziel der NSDAP., die höchste Macht im Staate — den Reichspräsidentenposten — zu erhalten, sei parteipolitisch gesehen, berechtigt, aber vom vaterländischen Standpunkt aus verwerflich, wenn man sich in den Parlamenten der Länder vor der Mitarbeit drücke. Hitler habe vor dem ersten Wahlgang einem amerikanischen Korrespondenten ein Interview gewährt, in dem er mit der starken, absoluten Mehrheit schon im ersten Wahlgang rechnete; dabei habe er auch ausgeführt, daß es nicht seine Absicht sei, die Notverordnungen sofort aufzuheben. Im Gegenteil, er müsse wohl neue Notverordnungen machen.

Der Kanzler ging dann näher auf die Propaganda der NSDAP. ein, die, wie er sich ausdrückte, in Wirklichkeit ein vollendetes System, nämlich das System rücksichtslosester und verantwortungslosester Demagogie sei. Traurig nur, daß aus der Not, die auf Hunderttausenden und Millionen unserer Volksgenossen laste, vielzuviele auf derartige Versprechungen noch hereingefallen seien. Wenn auch Hitler für den Fall seiner Reichspräsidentenschaft sozusagen sein Alibi schon vorher gegeben habe, so bleibe doch das eine bestehen, daß der Nationalsozialismus etwas erstrebe, was in diesem Jahre historischer Entscheidung für das Schicksal des deutschen Volkes das allergefährlichste sei, denn, so führte der Kanzler aus, die großen Dinge, die langsam herangereift sind in der Außenpolitik und die wir zum Teil bewußt herbeiführen konnten, diese Dinge sind nur dann zu vollem Erfolg zu bringen, wenn es gelingt, das System der vergangenen zwei Jahre, das System der jetzigen Regierung, durchzuhalten, niemals dem Volke demagogische Versprechungen zu machen, sondern die Wahrheit zu sagen. (Stürmischer Beifall).

Der Kanzler fuhr fort: Eines hat

die Reichsregierung

für sich: sie hat dem In- und Auslande

bewiesen, daß sie selbst in solchen Krisenzeiten, selbst bei sechs Millionen Arbeitslosen das Volk ruhig über den schwersten aller Winter hat hinüberbringen können.

(Lebhafte Zustimmung). Das ist eine Leistung, die dem deutschen Volke und der Welt ein Prestige unter Führung des jetzigen Reichspräsidenten geschaffen hat, das keine andere in der Lage gewesen wäre oder in der Zukunft in der Lage sein wird, zu schaffen. Ohne Vertrauen hat eine Regierung keinen Kredit und

alles, was wir heute in Deutschland wirtschaftlich gerettet haben in dem Augenblick, wo alles zusammen zu stürzen drohte, das ist nicht aufgebaut auf Privatkredit, sondern einzig und allein auf der Tatsache, daß diese Regierung es verstanden hat, in der ungeheuren Not den Etat von Reich, Ländern und Gemeinden zu sichern und dadurch allein die deutsche Währung stabil zu erhalten. (Beifall).

Wenn wir etwa den Sirenenklängen gefolgt wären und hätten ein Feder-Geld geschaffen oder die Mark an das englische Pfund im Herbst angehängt, dann würden wir allerdings für den Augenblick, an einigen schweren Maßnahmen vorbeigekommen sein, in einer späteren Stunde hätten wir an Opfern und Entbehrungen aber das Mehrfache dem deutschen Volke auferlegen müssen, und ein Volk, das einmal weiß, was am Ende einer nicht stabilen Währung steht, sollte Leuten, die sich überhaupt weigern, einmal öffentlich zu erklären, was sie alles tun würden, wenn sie an die Macht kämen, von vornherein den Laufpaß geben. (Stürmische Zustimmung).

Reichspräsident von Hindenburg muß am nächsten Sonntag einen starken Stimmenzuwachs haben (Stürmische Bravo-Rufe), damit in den Auseinandersetzungen und Verhandlungen der nächsten Wochen eine Reichsregierung dasteht, die sagen kann: Hinter unserem Nein, hinter unserer Forderung steht nicht nur die Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes. Und ich habe die feste Ueberzeugung, daß es gelingen wird, bei hingebendster Arbeit und Aufopferung dieses Ziel voll zu erreichen. Es komme darauf an, Aufklärung bis in das letzte Dorf hineinzutragen, Aufklärung darüber zu schaffen, daß wir nicht nur Deutschland retten können vor dem Untergang, sondern daß jetzt die Monate kommen werden, wo wir darüber hinaus die Grundlagen außenpolitischer Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung endgültig erreichen können.

Der Kanzler kam dann auf

die Persönlichkeit Hindenburgs

selbst zu sprechen. Wenn ich, so sagte er, mich für Hindenburg einsetze, so tue ich es nicht nur aus Gründen sachlicher Politik, sondern weil sich alles in mir aufbäumt gegen die Gemeinheit der Agitation, die gegen diese verehrungswürdige historische Person gerichtet wird. (Stürmischer Beifall.) Ich denke dabei auch an die Ehre des deutschen Volkes und fühle mich verpflichtet, den Kampf um diese Ehre durchzukämpfen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Es muß der Augenblick kommen, früher oder später, wo sich das deutsche Volk schämen wird, daß es überhaupt einen Kampf um die Reichspräsidentschaft in diesem Augenblick hat geben können. Hindenburg ist nicht zu ersetzen. Es bleibt

im Leben des Feldmarschalls eine Tragik, daß man ihn immer dann geholt hat,

wenn Not und Schwierigkeiten aufs äußerste gestiegen waren.

Wir werden nicht zulassen, nachdem der Feldmarschall im Jahre 1925 gebeten und gedrängt worden ist, sich nochmals zur Verfügung zu stellen und eine schwere Verantwortung zu übernehmen, daß jetzt dieselben Leute kommen und diesen Staatsmann, der mutig, klar und zielsicher diese schwere Verantwortung getragen hat, in den Staub ziehen. Es geht nicht nur um politische, sondern um menschliche Entscheidungen, um Entscheidungen für Deutschlands Ehre und Zukunft.

Staatsminister Severing in Essen

Im Rahmen einer Kundgebung der Eisernen Front war am Montagabend Staatsminister Karl Severing als erster Referent vorgesehen. Die Ausstellungshalle 5 war überfüllt, als der Vorsitzende der SPD. Essen, Wermelskirchen, die Versammlung mit Begrüßungsworten eröffnete. Er machte die allgemein enttäuschende Mitteilung, daß der Minister infolge eines plötzlich aufgetretenen Katarrhs nicht in der Lage sei, seine vorgesehene Rede zu halten. Severing selbst erklärte, daß er am Vortage dadurch gesündigt habe, daß er trotz seiner Erkrankung noch in zwei Wahlversammlungen an der Lahn gesprochen habe. Es gehe aber nicht bloß um die Erhaltung des Kehlkopfes, sondern er müsse seinen Kopf während der nächsten Wochen erhalten, um den bevorstehenden Kampf durchzuführen; er wolle sich vom Arzt während dieser Zeit keine Bettruhe verordnen lassen. Die Massenversammlung, die er sehe, sei ein Beweis dafür, daß die Arbeiter und Republikaner der Metropole des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Zeichen der Zeit verstanden hätten. Wenn er sich damit nicht auseinandersetzen könne, so könne er aber sagen, daß der Weg von Berlin bezw. Bielefeld nach Essen noch nicht aufgegraben sei. Das momentane Kampfesfieber würde vielleicht nach den Wahlen vom 10. und 24. April bei manchem verlöschen, aber dann würden wir erst merken, aus wieviel Wunden wir bluten. Obgleich es seinem Ressort nicht obliege, für Arbeitsmöglichkeiten für die 6 Millionen Erwerbslosen zu sorgen, werde er sich nach dieser Richtung immer für die Arbeitslosen einsetzen, die aber nicht nur unter der materiellen Arbeitsnot litten. Vielmehr sei diese Frage eine psychologische, und darum sei es Sache der Republik, beim künftigen Kampf sich auf die sozialen Aufgaben zu besinnen. Das nationale Selbstvertrauen müsse wiederkehren, wenn man wolle, daß die Welt uns wieder Vertrauen entgegenbringt. Sorgen Sie dafür, daß mit der Zurückwerfung des Faschismus, mit der Zurückwerfung der politischen und wirtschaftlichen Reaktion am 10. und 24. April der Kampf nicht beendet wird, daß die Zollmauern abgebaut werden, daß die Mauern des Völkerhasses abgebaut werden, sorgen Sie auch in der Sozialpolitik dafür, daß der 10. April eine Niederlage der Reaktion wird und der 24. April der Tag, der den Ehrentag des 10. April krönen wird, so schloß der Minister seine kurzen Ausführungen, die den lebhaftesten Beifall der Versammelten fanden. Anschließend sprach der Vorsitzende des Einheitsverbandes deutscher Eisenbahner, Scheffel

Die Rundfunkübertragung der Kanzlerreden

Von den vom Kanzler in dieser Woche gehaltenen Reden wird die Königsberger am 9. April von allen deutschen Sendern übertragen werden. Die übrigen Reden werden jeweils von den lokalen Sendern übertragen werden.

Die Volkskonservative Vereinigung für Hindenburg — Keine eigenen Landtagslisten im Westen

In einer Sitzung der rheinisch-westfälischen Führer der Volkskonservativen Vereinigung wurde beschlossen, bei den kommenden Preußenwahlen in den vier rheinisch-westfälischen Wahlkreisen von der Aufstellung eigener Listen abzusehen. Die Führerschaft der Volkskonservativen Vereinigung, Gau Westmark, stellte es den Mitgliedern der volkskonservativen Bewegung anheim, sich an überparteilichen Listen zu beteiligen.

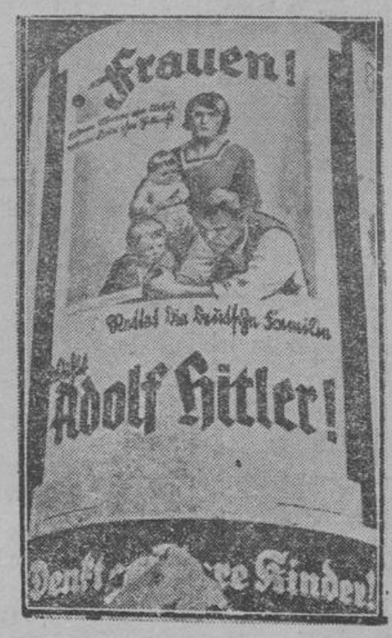
Ferner wurde in der Sitzung Stellung zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl genommen und beschlossen, sich beim zweiten Wahl-

Die Zeppelin-Mannschaft wählt



Das Wahlverfahren für Seeleute, die bekanntlich schon vor dem Wahltermin ihre Stimme abgeben können, ist zum ersten Male auch auf die Luftschiffahrt ausgedehnt worden. Die Besatzung des „Graf Zeppelin" hat vor Beginn der zweiten Südamerikafahrt zur Reichspräsidentenwahl abgestimmt. Die Stimmzettel werden allerdings erst am Abend des 10. April — zusammen mit den Stimmen der Friedrichshafener — gezählt

Zwei Wahlplakate
die zur Reichspräsidentenwahl werben





gang mit verdoppelter Kraft für die Wiederwahl Hindenburgs einzusetzen.

Preußentagung der Volksrechtspartei in Düsseldorf

Die Volksrechtspartei hatte auf Sonntag den Preußenvorstand nach Düsseldorf einberufen. Die gut besuchte Tagung nahm zunächst den Bericht der Landtagsabgeordneten Staatsminister a. D. Graf von Posadowski und Major a. D. Pohl entgegen und dankte den beiden Abgeordneten für ihre erfolgreiche Tätigkeit im Parlament. Es wurde darauf hingewiesen, daß die erweiterte individuelle, provinzielle Aufwertung der Sparkassen einer der bedeutendsten Erfolge der beiden Abgeordneten der Volksrechtspartei ist. Die Preußentagung begrüßte das taktische Wahlbündnis mit der Deutschen Volkspartei als den ersten Anfang des Zusammengehens der vaterländischen Mitte, deren Zusammenschluß aus staatspolitischen Gründen zur Erhaltung des bürgerlichen Staates dringend notwendig ist. Die Volksrechtspartei reicht in allen Wahlkreisen eigene Listen für die Landtagswahl mit der Spitzenkandidatur des Grafen von Posadowski ein und erklärt Listenverbindung mit der Landliste der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei hat auf ihrer Landesliste an sicherer Stelle die Volksrechtsparteiler Major a. D. Pohl-Düsseldorf und Staatsminister a. D. Dr. Graf von Posadowski-Wehner, Naumburg a. S., und als Ersatzmann den beratenden Kaufmann Wedewerly-Dortmund gewählt.

Einspruch Preußens gegen eine einstweilige Verfügung gegen Oberpräsident Noske

Wie wir von unterrichteter preußischer Seite erfahren, hat die preußische Staatsregierung gegen eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Hannover, in der Oberpräsident Noske untersagt worden war, wegen der Werbeaktion nationalsozialistischer Zeitungen gegen diese vorzugehen, sofort Einrede erhoben. In preußischen Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß diese einstweilige Verfügung eine Kompetenzüberschreitung des Gerichts sei. Man hält es für unzulässig, daß ein Zivilgericht einstweilige Verfügungen gegen Polizeimaßnahmen ausspricht; diese unterliegen nach Auffassung preußischer Regierungskreise lediglich der Nachprüfung durch die Verwaltungsinstanzen.

Zwischenfall in einer Wahlversammlung in Beuthen

Aus Beuthen meldet das Contibüro: Eine in dem Saal des Kaiserhofes vom Hindenburgausschuß einberufene Wählerversammlung, für die Graf Westarp als Hauptredner gewonnen war, konnte nicht stattfinden. Diesem Vorfall liegt nach den Ermittlungen des Hindenburgausschusses folgender Tatbestand zugrunde: „Um die Ueberparteilichkeit des Ausschusses zu wahren, war von vornherein geplant, die Versammlung ohne jede Saalbeflaggung stattfinden zu lassen. Während sich der Saal schon füllte, haben, wie der Ausschuß mitteilt, Reichsbannerleute eigenmächtig ein schwarz-rot-goldenes Flaggentuch über die Brüstung gehängt. Dies veranlaßte den Hotelbesitzer, nun auch noch andere Flaggen in den Saal zu bringen, um eine gewisse Ausschmückung des Saales zu ermöglichen. Als dem Grafen Westarp von Ausschußmitgliedern Mitteilung von den Vorfällen gemacht wurde, wobei sie auch betonten, daß naturgemäß eine Zurückziehung der schwarz-rot-goldenen Flagge ohne Affront nicht möglich sei, weigerte sich Graf Westarp, in der Versammlung zu sprechen, solange irgendeine Fahne im Saale sei. Auch er wies darauf hin, daß die Ueberparteilichkeit des Ausschusses und seiner Versammlungen unter allen Umständen gewahrt werden müßte. Im Einvernehmen mit Graf Westarp, der sich nicht in die Versammlung begab, erklärte der Versammlungsleiter den Anwesenden die Gründe für das Nichtstattfinden der Versammlung. Nachdem die Versammlung dann ruhig auseinandergegangen war, legte Graf Westarp in engstem Kreise noch kurz das dar, was er in seiner Rede hatte ausführen wollen.

Programmatische Erklärungen Hitlers

Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" eine längere Erklärung, in der er sein politisches Programm darlegt. Er sehe die größte Aufgabe eines deutschen Staatsmannes der Zukunft in der Zusammenfassung der vorhandenen sozialistischen und nationalen Elemente des Volkes zu einer neuen deutschen Volksgemeinschaft. Er halte die Zukunft des deutschen Volkes für aufs schwerste bedroht, wenn nicht anstelle des heutigen demokratischen Parlamentarismus wieder eine starke Autorität der Führung trete. Er sehe den einzigen dauerhaften Garanten unseres wirtschaftlichen Lebens nur in zwei Faktoren, erstens im eigenen Grund und Boden und zweitens in der Arbeitskraft und den Fähigkeiten des deutschen Volkes. Der Kampf gegen den Bolschewismus als Weltgefahr sei praktisch ein Kampf für einen reich gegliederten und organisch aufgebauten Volksstaat, der im Bauerntum sein Fundament, im Mittelstand aber die Brücke besitze, über die tüchtige einzelne Menschen sich langsam zu höheren Stufen emporarbeiten könnten.

In einem wahrhaft gesunden Volkskörper sei der Bürger nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft nicht für das Kapital da, sondern das Kapital habe der Wirtschaft zu dienen und die Wirtschaft dem Volke. Er sei Sozialist, weil man den edelsten Vertreter der Arbeit, den Menschen selbst, nicht verkommen lassen dürfe. Sämtliche Versuche, außenpolitisch die Situation Deutschlands zu bessern, sehe er solange für aussichtslos an, als nicht innerpolitisch das deutsche Volk zu einer gesunden Gemeinschaft zusammengeschweißt werde.

Dingeldey an Hugenberg

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, erläßt unter dem 4. April einen „offenen Brief" an den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg, in dem es u. a. heißt:

Sie haben unterm 30. März eine öffentliche Aufforderung an die bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum gerichtet, bei den kommenden preußischen Wahlen ihre Reststimmen der Deutschnationalen Partei zuzuführen für die Gegenleistung, auf der Landesliste der Deutschnationalen Partei einige Sitze zu erlangen, deren Inhaber dann als Hospitanten der deutschnationalen Fraktion beitreten sollen.

Ich will auf die begleitenden Bemerkungen, mit denen Sie Ihren Vorschlag begründet haben, im Interesse der Sache heute nicht mehr eingehen. Ich entnehme aber zu meiner Genugtuung aus der Tatsache Ihres Vorschlages, daß auch Sie entgegen der bisherigen Taktik erkannt haben, daß eine Zusammenfassung der nationalen Kräfte des Bürgertums im Kampfe um Preußen und das Reich angesichts der drängenden Gefahren sozialistischer Bewegung die Forderung des Tages ist.

Es geht ein starkes Sehnen durch das nationale Bürgertum in allen seinen Teilen, die großen staatspolitischen Gesichtspunkte in diesem Augenblick in den Vordergrund zu stellen. Dabei muß das historische Recht und die politische Grundanschauung aller an dieser Zusammenarbeit beteiligten Parteien geachtet werden. Zur Erreichung des Gesamtzieles aller bürgerlichen Kreise aber kann nicht die Rücksicht auf die eigenen Parteiinteressen entscheidend sein, sondern die Ueberlegung: Welcher Weg kann unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Verzicht auf jedes verletzende Prestigebedürfnis die Erfassung aller nationalen bürgerlichen Stimmen sicherstellen!

Ich mache folgenden Vorschlag:

1. Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Vereinbarung teilzunehmen:

Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf. Die Wahlkreislisten werden in den Wahlkreisen untereinander verbunden, die Reststimmen gehen auf eine einheitliche preußische Landesliste.

2. Für die Aufstellung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Verzicht auf kleinliche Parteivorteile kein anderer Ausgangspunkt gefunden werden als das Stärkeverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 darstellt.

3. Für den Fall Ihres Einverständnisses, das mir mit Rücksicht auf die drängende Zeit auch telephonisch übermittelt werden könnte, erkläre ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Meine Freunde würden sich für ein solches Zusammenwirken auf breiter Front unter Verzicht auf parteipolitische Geltungsbedürfnisse gern bereitstellen. Dagegen sind wir der Meinung, daß Wahlabmachungen auf breiterer Grundlage, die nur einen Teil des nationalen Bürgertums erfassen, einen Erfolg in dem erstrebten Sinne nicht verbürgen können.

Brennende Litfaßsäulen

Im Norden Berlins wurden Montag abend drei Litfaß-Säulen in Brand gesteckt, die vermutlich vorher mit Petroleum begossen waren. Sie brannten lichterloh herunter, noch ehe die Feuerwehr sie ablöschen konnte. Die drei Säulen trugen Hitler-Werbeplakate.

Die Londoner Viermächtekonferenz

Die deutschen Delegierten beim Kanzler

Die Mitglieder der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz, Staatssekretär von Bülow, Ministerialdirektor Dr. Posse und Geheimrat Wiehl werden Dienstagvormittag in Karlsruhe eine Zusammenkunft mit Reichskanzler Brüning haben, in der die deutsche Haltung auf der Londoner Konferenz erörtert werden soll. Von Karlsruhe aus werden die deutschen Delegierten sofort die Weiterreise nach London antreten.

Erklärungen Macdonalds anläßlich des Besuches Tardieus

Nachdem Tardieu am Sonntag Downing Street verlassen hatte, erklärte Mac Donald den Pressevertretern, daß die Politik der englischen Regierung auf allseitige Zusammenarbeit hinauslaufe. Mac Donald führte aus,

der Zweck der Politik sei, Europa zu helfen.

Es sei sehr, sehr schwierige Arbeit, die in Lausanne, Genf und wahrscheinlich auch auf anderen Wegen ausgeführt werden müsse.

Eine Uebereinkunft werde erst auf der Viermächtekonferenz erreicht werden, und nicht vorher.

Keinerlei Abmachungen würden vorher getroffen und keinerlei Vorschläge vorher entworfen werden.

Die Viermächte-Konferenz werde nicht auf die Donaukonferenz beschränkt werden

und die britische Regierung werde zu dieser Konferenz

mit freien Händen

gehen ebenso wie jeder andere Konferenzteilnehmer. Die Besprechung zwischen Tardieu und Mac Donald am Montag würden eine Uebersicht über die europäische Lage mit Bezug auf Lausanne, Genf und die Donau-Situation ergeben, und der erste Punkt der Erwägungen werde das Donauproblem sein. Der Premierminister sagte: Ich freue mich sehr über Tardieus Besuch. Wir sind in gewissem Sinne alte Freunde, und wir vertreten im Augenblick zwei Länder, die in herzlichster Zusammenarbeit mit jedem anderen europäischen Lande stehen sollten bei Behandlung der ungeheueren Probleme, besonders wirtschaftlicher Natur, die nicht nur Europa, sondern die Welt in der gegenwärtigen Zeit in Mitleidenschaft ziehen. Ich habe immer sehr an den

Wert persönlichen Kontaktes in der Diplomatie

geglaubt, und ich bin der Ansicht, daß dieser notwendiger denn je ist, wegen der sehr verwickelten Natur der Probleme, die dieses Jahrhundert zu lösen haben wird. Der Tag gemächlicher, formeller Korrespondenzen und Telegrammabfassungen ist vorüber. Der Frieden der Welt wird auf dem Wege der Konferenz aufrechterhalten bleiben müssen. Es tut mir leid, daß in einigen Zeitungen Anzeichen eines Argwohns in Zusammenhang mit der Zusammenkunft zwischen Tardieu und mir aufgetaucht sind. Ich möchte erklären, daß für diesen Argwohn niemals auch nur der geringste Schatten einer Berechtigung bestanden hat. Die Absichten der englischen Regierung sind aufrichtig und uneigennützig in ihren Bestrebungen, den größtmöglichen guten Willen und die größtmögliche internationale Zusammenarbeit für die Lösung dieser Probleme aufzubringen. Ein Land allein kann es nicht schaffen. Zwei Länder können es nicht schaffen. Die Politik, die wir ausarbeiten, ist eine

Politik der Zusammenarbeit mit jedermann, der den Frieden erstrebt

und der bereit ist, sein volles Gewicht hinter die auf Frieden gerichteten Bestrebungen zu stellen. In dieser Woche soll die Viermächtekonferenz zusammentreten, um

das Wirtschaftsproblem der Donaustaaten

zu erörtern. Es bestehen

keine vorherigen Abmachungen,

keine vorher fertig gestellten Entwürfe von Vorschlägen. Die Mächte, die auf der Konferenz vertreten sein werden, sind in gleicher Weise frei, in jeder Weise zu dem beizutragen, was immer das endgültige Uebereinkommen sein möge. Wir wollen eine Uebereinkunft, die mit den Interessen und der Wohlfahrt einer jeden betroffenen Nation in Einklang steht, und das allein ist das Ziel derjenigen von uns, die die Konferenz ins Leben rufen.

Französische und englische Stimmen

Die große französische Nachrichtenpresse hat

ein Heer von Berichterstattern

nach London entboten. In der Erklärung Mac Donalds mochten die der Regierung nahestehenden Blätter eine Widerlegung der Behauptungen finden, daß das offizielle England für die französischen Wünsche und Bedürfnisse kein Verständnis zeige. Andererseits haben sich die Berichterstatter der französischen Blätter davon

überzeugt, daß irgendwelche definitiven Lösungen von der Aussprache Mac Donald-Tardieu nicht zu erwarten sind.

Der Sonderberichterstatter des offiziösen **„Petit Parisien"** erklärt, bei der Fühlungnahme zwischen den Regierungschefs sei der Wunsch nach Verständigung und loyaler Zusammenarbeit in dem Meinungsaustausch zum Ausdruck gekommen, in dem die Hilfe für Mitteleuropa, die Genfer Verhandlungen über die Rüstungsherabsetzung und die Reparationsfrage zur Sprache gebracht worden sein dürften. — Der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"** schreibt aus London: Bis zum Zusammentritt der Viererkonferenz wird nichts geschehen, was auch nur im entferntesten einem Beschluß gleichen könnte. Mac Donald hat dies beim Empfang der englischen Presse energisch betont. Er fragt nicht danach, welche Lösung für die Krise Mitteleuropas in Frage komme, sondern welche wirtschaftliche und finanzielle Lösung des Donauproblems die Zustimmung Deutschlands und Italiens erhalten könnte. Die Aussichten der Londoner Besprechungen sind also ziemlich beunruhigend. Auf keinen Fall dürfen wir Franzosen erwarten, daß die geringste Entente cordiale in irgendeiner Form wieder zum Leben erweckt wird. — **„Journal"** erklärt: Wir können uns nur zu der Feststellung beglückwünschen, daß Mac Donald der Loyalität der französischen Auffassung über die Zusammenarbeit Anerkennung zollte, wenn er auch immer wieder versuchte, der Empfindlichkeit Deutschlands und Italiens Rechnung zu tragen.

Das Gewerkschaftsblatt **„Peuple"** schreibt, in London gebe man eindeutig zu verstehen, daß die Besprechungen nur auf den Wunsch Tardieus zurückgingen. — **„Le Figaro"** wirft Mac Donald vor, alle deutschen Thesen verteidigt zu haben.

In den englischen Presseäußerungen über den Besuch Tardieus wird vielfach die Bemerkung Mac Donalds hervorgehoben, daß

vor der Viermächtekonferenz keine Vereinbarungen über die Donaufrage

abgeschlossen werden sollen.

„Times" erklärt, es werde keineswegs daran gedacht, einen englisch-französischen Plan auszuarbeiten und ihn Deutschland und Italien zur Annahme oder Ablehnung vorzulegen. Es werde anerkannt, daß so große Interessen Deutschlands und Italiens durch das vorgeschlagene Vorzugssystem berührt würden, daß kein Plan ohne die Unterstützung beider Länder Erfolg haben könne. Tardieus Plan könne vielleicht als Anfang der ernstlichen Vorbereitung zur Lausanner Konferenz betrachtet werden. Die Viermächte-Konferenz sei ein Versuch, zu verhindern, daß die Arbeit in Lausanne von vornherein durch einen finanziellen Zusammenbruch in Südosteuropa zunichte gemacht werde.

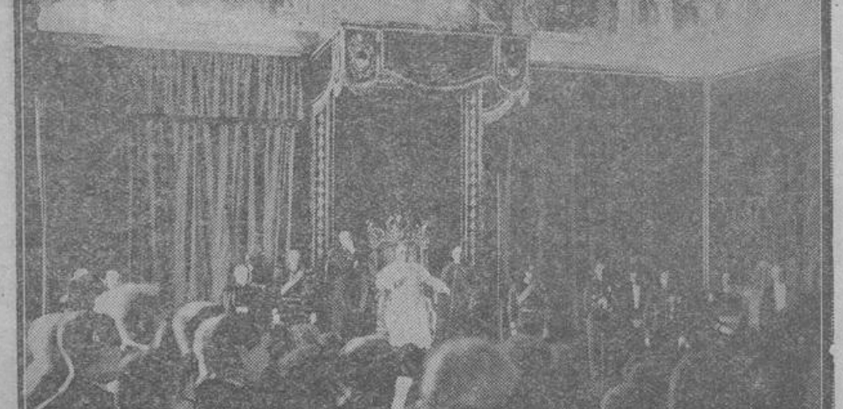
Der amtliche Bericht über die Besprechung Macdonald-Tardieu

Von Downingsstreet wurde folgender Bericht veröffentlicht:

„Die französische und die britischen Minister trafen sich heute in Downingstreet 10. Die Besprechungen dauerten von 10 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags, von 2,30 bis 5 Uhr nachmittags. Anwesend waren der Premierminister, Tardieu, Flandin, der Staatssekretär des Aeußern, der Schatzkanzler und der Präsident des Handelsamtes.

Bei den Erörterungen handelte es sich in der Hauptsache um die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, denen sich die Donaustaaten gegenübersehen. Die Minister der beiden Länder waren der Ansicht, daß die Probleme, die sie untersuchten, nur durch eine allgemeine Uebereinkunft internationalen Charakters gelöst werden könnten, und daß zu diesem Zweck enge und herzliche Zusammenarbeit zwischen den vier Mächten, die Mittwoch zusammentreten, erforderlich sei. Angesichts des bevorstehenden Zusammentritts dieser Konferenz versuchten sie nicht, zu irgendwelchen Schlußfolgerungen zu kommen. Sie sind jedoch überzeugt, daß dieser Meinungsaustausch die Arbeiten der Konferenz erleichtern wird. Die englische und die französische Regierung teilen die Hoffnung, daß es sich als möglich erweisen möge, einige eilige gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die den legitimen Interessen der dritten Partei Rechnung tragen, die ferner eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den Donaustaaten ermöglichen und die schließlich die Schaffung von Bedingungen erleichtern werden, die dazu angetan sind, das Gleichgewicht und die Stabilität dieses Teiles Europas wiederherzustellen.

Der Heilige Vater empfängt den Münchener Domchor



Der berühmte Münchener Domchor wurde bei seinem Aufenthalt in der italienischen Hauptstadt auch vom Papst empfangen. Das Bild zeigt Papst Pius XI. auf seinem Thron beim Anhören der Lieder der deutschen Sänger

Der Moskauer Attentatsprozeß

Der Anschlag auf Botschaftsrat von Twardowski

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Moskau:

Gegen Stern und Wassiljew, die am 5. März ein Attentat auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski verübt hatten, begann die Verhandlung vor dem Kriegskollegium des Obersten Gerichtshofes. Stern und Wassiljew sind des vollendeten Terroraktes angeklagt, der sich gegen den deutschen Botschafter von Dirksen richtete, bei dem aber Botschaftsrat von Twardowski verwundet wurde.

Die Anklage vertritt der Volkskommissar für Justiz, Krylenko. Die Verteidigung der Angeklagten haben die Mitglieder des Moskauer Anwältekollegiums Braude und Kaßnatschejew übernommen. Der Gerichtshof hat acht Zeugen geladen. Im Saale sind die Mitglieder der deutschen Botschaft anwesend, an der Spitze Botschafter von Dirksen sowie Mitglieder anderer diplomatischer Missionen, darunter auch Polens. Der Verhandlung wohnen ferner die Vertreter der ausländischen Presse bei.

Die Ueberraschung des ersten Tages der Gerichtsverhandlung war, daß sich

Widersprüche in den Angaben der beiden Angeklagten

herausstellten. Während der Angeklagte Wassiljew alle Ausführungen der Anklageschrift über Zusammenhänge des Angeklagten Stern und der Terroristengruppe Wassiljews sowie eine Verbindung dieser Terroristengruppe mit polnischen Agenten zugibt, erklärte der Hauptangeklagte Stern, das Attentat sei seine persönliche Tat gewesen, und er habe aus keiner Verabredung heraus gehandelt und keinerlei Hilfe gehabt.

Die Anklageschrift stellt die Tat als das Ergebnis einer Verschwörung der Terroristengruppe dar, die im engen Zusammenhang mit polnischen Bürgern stand. Mit Ausnahme der bis zum Jahre 1928 zurückreichenden Anfänge dieser Zusammenhänge und mit Ausnahme der Protokolle über ein Verfahren gegen die Polin Lubarska, die wegen des Attentates gegen einen höheren Sowjetbeamten seinerzeit erschossen worden ist, wurden aus der Anklageschrift alle Stellen fortgelassen, die die Beziehungen zum Auslande betreffen. Das Gericht beschloß, diesen ganzen Fragenkomplex unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu verhandeln.

Das neue Presserecht des Memelgebietes

Wie das Memeler Dampfboot meldet, hat der Kommandant des Memelgebietes die Vorzensur, die bisher für Druckerzeugnisse bestand, aufgehoben, dagegen Geldstrafen bis zu 5000 Lit oder Gefängnis bis zu drei Monaten für eine Reihe von Pressedelikten angedroht, u. a. für die Verbreitung falscher oder aufgebauschter Nachrichten, die die Sicherheit des Staates und dessen Ansehen schädigen, für die Verbreitung von Nachrichten, die innerhalb der Bevölkerung Unruhe stiften, für die Verhetzung eines Teiles der Bevölkerung gegen den anderen und für die Verächtlichmachung der Staatsregierung oder ihrer Organe. Außerdem können in besonderen Fällen periodische Druckschriften verboten und Versammlungen aufgelöst werden. Der Zweck der neuen Bestimmungen ist offenbar, die deutsche Presse im Memelgebiet ganz mundtot zu machen und unter Bezugnahme auf die neuen Bestimmungen die deutschen Zeitungen einfach ganz zu verbieten.

Die Staatspartei zur Devisen- und Handelspolitik

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei hielt am Montag eine Sitzung ab, in der eine Entschließung angenommen wurde, in der es heißt:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei warnt vor übereilten Schritten auf dem Gebiete der Devisen- und Handelspolitik. Die deutsche Devisen- und Handelspolitik darf nichts unternehmen, was die bestehenden handelspolitischen Schwierigkeiten Deutschlands in der Welt noch verstärken könnte. Daher darf sie keinesfalls in den Dienst von Bestrebungen gestellt werden, die darauf hinzielen, unser auf Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe angewiesenes Land vom Weltmarkt abzusperren. Ebensowenig darf daran gedacht werden, Maßnahmen, die den deutschen Kredit in der Welt schädigen könnten, zu ergreifen, bevor alle Mittel sachgemäßer Devisenbewirtschaftung erschöpft sind.

Die Fraktion verlangt, daß Devisen nicht zugeteilt werden, die nicht für den sofortigen Bedarf notwendig und der Kapitalflucht zu dienen geeignet sind. Unter denselben Gesichtspunkten wird die schärfere Kontrolle und Erfassung der Ausfuhrdevisen gefordert. Dagegen lehnt die Fraktion eine Auslese zu Einfuhrzwecken nach angeblich „volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten" ab, weil diese Auslese nicht sachgemäß ausgeführt werden und nur zu Mißbräuchen und handelspolitischen Schwierigkeiten führen würde.

Remarque in Verdacht

Wie eine im allgemeinen gut unterrichtete Polizeikorrespondenz erfährt, sind am Freitag vergangener Woche von Beamten der Zollfahndungsstelle bei der Darmstädter und Nationalbank in Berlin dort deponierte Gelder des Schriftstellers Erich Maria Remarque beschlagnahmt worden.

Remarque, dessen richtiger Name Kramer ist, wurde bekanntlich durch seinen Roman „Im Westen nichts Neues" in der ganzen Welt bekannt. Dieses Buch erreichte nicht nur eine ungewöhnlich hohe Auflageziffer, sondern wurde auch in viele Sprachen übersetzt. Remarque hielt sich, wie man von Zeit zu Zeit erfuhr, meistens in Holland auf. Die letzten Nachrichten besagen, daß er in Frankreich reist, um dort Material für einen neuen Roman zu sammeln. Zurzeit weiß man nicht, wo er sich aufhält.

Wie die angeführte Korrespondenz wissen will, ist jetzt der Verdacht aufgetaucht, daß er die in Deutschland aus seinem Roman erworbenen Gelder im Auslande untergebracht hat. Die Beamten beschlagnahmten etwa 20 000 Mark. Ihr Hauptinteresse galt weniger den Geldern, als hauptsächlich dem Briefwechsel, der zwischen der Bank und einem Berliner Mittelsmann geführt wurde. Die Prüfung dieses Briefwechsels und der Konten ist noch nicht abgeschlossen. Aus ihnen wird man aber ersehen, wie weit die Vorwürfe gegen Remarque stichhaltig sind.

Mutmaßungen über Stimsons Reise nach Genf

Nach der „Chicago Tribune" hat die amerikanische Botschaft bestätigt, daß der Staatssekretär sich am kommenden Freitag nach Europa einschiffen werde, um an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Man rechnet damit, daß Stimson nicht länger als zwei Wochen in Genf bleibt. Sollte er über das Schulden- und Reparationsproblem mit den Delegierten anderer Mächte verhandeln, so dürfte er über das Ergebnis dieser Besprechungen nichts verlauten lassen.

„Newyork Herald" läßt sich aus Genf melden, daß Staatssekretär Stimson wahrscheinlich vermeiden werde, die Frage der Reparationen und Kriegsschulden und der Donau-Föderation anzuschneiden. Es sei nicht unmöglich, daß Stimson mit einem amerikanischen Abrüstungsplan aufwarten werde.

Rücktritt des jugoslawischen Ministerpräsidenten

Aus Belgrad, 4. April, wird gemeldet: Ministerpräsident General Pivkowitsch ist heute vormittag zurückgetreten. Der Rücktritt hat, obwohl er schon seit Dezember erwartet wurde, in politischen Kreisen insofern Ueberraschung hervorgerufen, als er fast unmittelbar nach den ernsten Kundgebungen an der Belgrader Universität erfolgt ist. Pivkowitsch begründet seinen Rücktritt damit, daß er seine Mission als erfüllt ansehe. Anstelle des Generals Pivkowitsch, der wiederum zum Kommandanten der Garde ernannt werden dürfte, ist Minister des Aeußern Dr. Marinkowitsch als Ministerpräsident ausersehen.

Der zurückgetretene Ministerpräsident erklärte vor den Kabinettsmitgliedern, er habe seine Demission eingereicht, weil der Auftrag, den er am 6. Januar 1929 in einem besonders kritischen Augenblick übernommen habe, als erfüllt angesehen werden könne. Es sei seine Aufgabe gewesen, die Staatsautorität zu stärken, die verschiedenen Glieder der Nation einander zu nähern, die Verwaltung zu verbessern, die Gesetzgebung zu vereinheitlichen und die politischen Leidenschaften zu beschwichtigen. Außerdem habe er die Wahlen zum Senat und zur Kammer durchzuführen und damit die Verabschiedung des Staatshaushaltes und einer Anzahl dringlicher Gesetze zu ermöglichen gehabt. Das neue politische Leben verlange im Geist der neuen Verfassung die Bildung neuer Organisationen der Parteien, durch die die Nation in die Lage versetzt werde, am politischen Leben teilzunehmen und ihren Anteil an der Verantwortung zu tragen.

Der Stand der Wintersaaten im Deutschen Reich Anfang April 1932

Der Witterungsverlauf während der Wintermonate 1931-32 war durch einen langen und kalten Nachwinter gekennzeichnet, unter dem die jungen Saaten zum Teil gelitten haben. Soweit die Felder eine Beurteilung der Saaten zulassen, lautet die Begutachtung des Saatenstandes durchweg geringer als zum gleichen Zeitpunkte des Vorjahres sowie zu Anfang Dezember 1931. Soweit bereits eine Beurteilung der Wintersaaten möglich war, ergeben sich unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering im Reichsdurchschnitt folgende Begutachtungsnoten: Winterroggen 3,1 (im Dezember 1931: 2,7), Winterweizen 3,2 (2,7), Winterspelz 3,1 (2,7), Wintergerste 3,1 (2,6).

FC. Schalke 04 gegen Chelsea

Die bekannte englische Professional-Fußballmannschaft Chelsea absolviert im Monat Mai mehrere Spiele in Deutschland. Wie jetzt die Vereinsleitung von Schalke 04 mitteilt, trägt der Altmeister Schalke 04 am 22. Mai ein Spiel gegen Chelsea aus. Die Begegnung findet nicht in Gelsenkirchen, sondern in der Kampfbahn „Rote Erde" zu Dortmund statt. — Chelsea spielte vergangenen Samstag gegen den Cupfinalisten Arsenal 1:1.

Polizeimaßnahmen

Verdacht des Hoch- und Landesverrats

Das Contibüro meldet, es erfahre von zuständiger Stelle, daß sich aus dem bei der NSDAP. beschlagnahmten Material Anhaltspunkte dafür ergäben, daß Führer der NSDAP. hoch- und landesverräterische Handlungen (Verrat militärischer Geheimnisse) begangen hätten. Der Berliner Polizeipräsident hat das Material dem Oberreichsanwalt übermittelt. Einzelheiten können wegen der gesetzlichen Bestimmungen über die Strafverfolgung in Landesverratssachen nicht mitgeteilt werden.

SA.-Räume in Berlin geschlossen

Das Polizeipräsidium in Berlin teilt mit: Unter Hinweis auf frühere Verwarnungen, die erlassen worden sind, nachdem sich wiederholt Fälle zugetragen hatten, in denen von Mitgliedern der NSDAP. von dem Büro im Hause Hedemannstraße 10 aus Passanten belästigt und geschlagen sowie Unruhen angestiftet worden waren, hat sich der Polizeipräsident auf Grund der neuerlichen Vorgänge am 2. April nunmehr veranlaßt gesehen, die Schließung der der SA. zur Verfügung stehenden Räume im Hause Hedemannstraße anzuordnen. Zur Räumung der Büros ist eine Frist bis zum 5. April, mittags 12 Uhr, gewährt worden.

Verkürzte Polizeistunde

Aus Köln wird gemeldet: In den letzten Wochen bildeten sich in den Nacht- und Abendstunden regelmäßig bedrohliche Ansammlungen vor dem nationalsozialistischen Lokal „Zur Kornblume" auf dem Blaubach. Ständige Streifen und wiederholter Einsatz von starken Polizeikräften verhinderten bisher folgenschwere Auseinandersetzungen. Infolge des dringenden Ersuchens der Anwohner, in den Abendstunden eine Beruhigung herbeizuführen, sah sich der Polizeipräsident gezwungen, die Polizeistunde für das Lokal auf 22 Uhr festzusetzen.

Zusammenstöße in Altona. — 50 Sistierungen

In Altona kam es nach Schluß eines von den Nationalsozialisten veranstalteten Werbeumzuges an zahlreichen Stellen zu schweren Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, die einen so großen Umfang annahmen, daß die Polizei ein starkes Mannschaftsaufgebot einsetzen mußte, um die Streitenden zu trennen. Es sind, wie die Polizei mitteilt, ein Schwerverletzter und eine große Anzahl Leichtverletzter zu verzeichnen. Insgesamt erfolgten 50 Sistierungen. Acht Festgenommene werden sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Schwere Zusammenstöße in Sachsen — Ein Toter

In Chemnitz kam es im Anschluß an die Wahlkundgebungen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein Nationalsozialist und ein Kommunist schwer und mehrere Kommunisten leicht verletzt wurden. In dem benachbarten Mittweida wurden in der Nacht zum Montag bei Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten, die von der Wahlkundgebung der NSDAP. in Chemnitz zurückgekehrt waren, und politisch Andersdenkenden ein Nationalsozialist getötet und zwei weitere verletzt. Von Mittweida wurde in Chemnitz ein Ueberfallkommando angefordert.

Auch ein Toter in Kalau

In Kalau kam es bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützungen zu politischen Auseinandersetzungen zwischen Erwerbslosen und Nationalsozialisten. Auf dem Marktplatz entspann sich eine Schlägerei, in deren Verlauf zwei Nationalsozialisten leicht verletzt wurden. Die Polizei zerstreute die Menge. Da zu befürchten war, daß es zu weiteren Zusammenstößen kommen würde, wurde ein Kommando der Schutzpolizei Kottbus angefordert, das aber nicht in Aktion zu treten brauchte. Einige Stunden später hatte der der NSDAP. angehörende Milchkutscher Lehnert, der sich mit seinem Gespann auf dem Wege nach Buckow befand, einen Zusammenstoß mit einem Kommunisten namens Schreiber aus Frauendorf bei Kottbus. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung zog Lehnert einen Revolver und schoß Schreiber nieder, der sofort tot war. Lehnert wurde in Haft genommen und dem Untersuchungsgefängnis in Kottbus zugeführt.

Raub, Unterschlagung und Fälschung

Nach Unterschlagung von 100 000 Mark geflüchtet

Der ehemalige Bankangestellte Alfons Opitz in Berlin ist nach Unterschlagung von 100 000 Mk. geflüchtet und wird von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt. Opitz, der nach seiner Entlassung aus einem Berliner Bankhaus mit großem Aufwand auftrat, ließ sich von ängstlichen Gemütern Ersparnisse in Höhe von insgesamt etwa 100 000 Mark zur Anlage im Auslande anvertrauen, da „doch wieder mit einer Inflation zu rechnen wäre". Die ihm übergebenen Summen verwendete er zur Deckung seiner ungewöhnlich hohen Lebenshaltungskosten. Da er täglich mit einer Aufdeckung seiner Betrügereien rechnen mußte, löste er den mit seiner Mutter geführten gemeinsamen Haushalt auf, brachte seine Mutter in ein Sanatorium und verschwand spurlos.

Zuchthaus für einen Räuber

Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte den Kellner Waldemar Schilath wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Schilath war der vierte der Täter, die im Dezember vorigen Jahres ein Uhrengeschäft in der Dreibundstraße überfielen und bei der Flucht ihre Verfolger durch Revolver in Schach hielten.

Verurteilte Aktienfälscher

In einem Prozeß gegen die Fälscherbande, die Chade-Aktien gefälscht und in Umlauf gesetzt hatte, verurteilte das Schöffengericht Berlin-Mitte den Kaufmann Kurt Meurer zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, den Buchdruckereibesitzer Johannes Nay zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis, den Kaufmann Leopold Rosenblum zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, außerdem zu je fünf Jahren Ehrverlust und erließ gegen diese drei Angeklagten Haftbefehl. Die Verurteilung erfolgte wegen Münzverbrechens, versuchten und vollendeten Betrugs und teilweise auch wegen schwerer Urkundenfälschung. Wegen Beihilfe wurde der Vertreter Max Hammerschlag zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, der Rentner Richard Berlin wurde freigesprochen. Gegen die Angeklagten Rittmeister a. D. Ernst Moritz Wolff, Konrektor a. D. Friedrich Wilhelm Kaiser, die auf ihren Geisteszustand untersucht werden sollen, und den Kaufmann Willi Brumeleit wurde das Verfahren aus formalen Gründen abgetrennt.

Der Hauptbelastungszeuge im Ulitz-Prozeß wegen Erpressung festgenommen

Aus Kattowitz wird berichtet: Der Hauptbelastungszeuge im Ulitz-Prozeß Pielawski alias Perlstein, der seinerzeit sehr belastendes Material gegen den später in zweiter Instanz freigesprochenen Deutschenführer geliefert hatte, ist zusammen mit einigen anderen Personen unter dem Verdacht der Erpressung polizeilich festgenommen worden. Er wird sich wegen der Erpressungsversuche, die er mit Hilfe eines von ihm herausgegebenen Skandalblattes unternommen hat, zu verantworten haben. Er hat Personen, die im öffentlichen Leben eine große Rolle spielen unter Androhung der Veröffentlichung von Enthüllungen über ihr Privatleben größere Summen als Schweigegeld zu entlocken versucht.

Herriot über die Räumung des Ruhrgebiets

Wie Havas aus Angers berichtet, hielt der radikale Abgeordnete Herriot dort heute einen Vortrag, in dem er die Finanzlage Frankreichs besprach und auf die Notwendigkeit einer Deflationspolitik hinwies, um eine drohende Inflation zu vermeiden.

Herriot kam dann auch auf die Ruhrräumung zu sprechen und erklärte, diese Räumung des Ruhrgebietes sei von den qualifiziertesten Militärstellen empfohlen und gebilligt worden, weil diese militärischen Stellen eine Bedrohung des französischen Heeres im Falle einer diplomatischen Spannung befürchtet hätten.

Bundeskanzler Buresch über die Maßnahmen zur Besserung der österreichischen Wirtschaft

Bundeskanzler Dr. Buresch sprach in Wien in einigen Wählerversammlungen und betonte insbesondere, die österreichische Regierung werde unter allen Umständen das Gleichgewicht im Budget aufrechterhalten und werde weiter auf die Sicherung der Währung bedacht sein. Was die Kreditanstaltsfrage anlangt, so seien die Verhandlungen mit den Gläubigern gewiß nicht leicht, denn niemand gewähre leicht große Nachlässe. Die Regierung werde nur bereit sein, das, was unbedingt notwendig und erträglich sei, zu übernehmen. Bei Besprechung der handelspolitischen Aktionen der Regierung betonte er, er habe durchaus nicht die Absicht, den deutschen Charakter des Landes preiszugeben. Doch müsse es gestattet sein, mit allen zu verhandeln, die mit Oesterreich Handel treiben wollen. Diesen Weg zu gehen, sei er entschlossen. Er lehne es aber ab, diese Frage jetzt im Parlament zur Sprache zu bringen, denn dadurch würde jede Möglichkeit einer Besserung der Wirtschaftslage vernichtet werden. Der Bundeskanzler verwies auf die Londoner Beratungen der Großmächte und sprach die Hoffnung aus, daß Oesterreich bald Gelegenheit haben werde, seinen Standpunkt auf der Konferenz, an der auch die kleineren Staaten teilnehmen, zu vertreten. Wir werden, sagte er, danach trachten, für Oesterreich das zu erreichen, was zur Besserung der Wirtschaftslage notwendig ist, in erster Linie die Förderung der Ausfuhr an Holz und Holzprodukten, Zuchtvieh und den verschiedenen industriellen und gewerblichen Erzeugnissen. Ich habe, schloß der Bundeskanzler, die Ueberzeugung, daß Oesterreich lebensfähig ist, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seine Produkte abzusetzen. Ich werde nach dieser Ueberzeugung handeln.

Vertreter der Rentner beim Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine von dem Bundesvorsitzenden, Generalmajor a. D. Vogel, Kassel, geführte Abordnung des deutschen Rentnerbundes, welche über die Notlage der deutschen Rentner berichtete und dem Reichspräsidenten die Wünsche des Rentnerbundes nach einer besonderen, von der allgemeinen Fürsorge unabhängigen Versorgung der notleidenden Rentner, der Erlaß eines Rentnerversorgungsgesetzes und bis dahin Milderung der den Rentnerstand besonderes belastenden Notverordnungen vortrug.

Der Reichspräsident gab seiner Teilnahme an der schwierigen Lage der deutschen Rentner und seinem Verständnis für die vorgetragenen Wünsche Ausdruck und erklärte, er werde im Benehmen mit der Reichsregierung, die ihm vorgetragenen grundsätzlichen Forderungen des deutschen Rentnerbundes zum Gegenstand einer erneuten Prüfung machen.

Kleine politische Nachrichten

Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden

trat im früheren Herrenhaus in Berlin zu einem Verbandstag zusammen. Die einleitenden Etatsreden hielten der Vorsitzende des Landesverbandes, Kammergerichtsrat Wolff, und der Finanzreferent Direktor Kareski. In der Generaldebatte wurde die politische Lage in Preußen und Deutschland, insbesondere der Antisemitismus der Nationalsozialisten, erörtert. Die Frage der Schaffung einer Reichsorganisation der deutschen Juden behandelte Kammergerichtsrat Wolff.

Französische Stimme zur Beseitigung der Zollschranken

Der Vorsitzende des französischen Komitees für die europäische Union, Senator Le Trocquer, trat in Nizza für die progressive Beseitigung der Zollschranken ein. Er empfahl die Bildung einer westeuropäischen Wirtschaftsgruppe Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien. Auf diesem Unterbau könne man dann die in Vorbereitung befindliche „Donauetage" errichten.

Die Mandschurei

Die Agentur Indo Pacifique meldet, daß die mandschurische Regierung nach einer Mitteilung aus japanischer Quelle beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen zu Nanking abzubrechen.

Reichshilfe für die Bank für Haus- und Grundbesitz in Breslau

Die Bank für Haus- und Grundbesitz in Breslau, e. G. m. b. H., Breslau, hat ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, ohne ein Moratorium ihren Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten. In einer Gläubigerversammlung wurden die Ausführungen der Bankleitung bestätigt, wonach das den Gläubigern zugemutete Opfer dank einer namhaften Hilfe der Reichsregierung (Kredit und geschenkter Zuschuß) verhältnismäßig gering sei. Von dem Vertreter der Regierung wurde den Gläubigern erklärt, daß Vorbedingung für die Reichshilfe die Durchführung des angestrebten außergerichtlichen Vergleichs sei. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß das außergerichtliche Vergleichsverfahren durchgeführt werden und die Bank auf der hierfür neugeschaffenen Basis ihren Betrieb aufrechterhalten kann.

Börsen Märkte Handel

Viehmärkte

Dortmunder Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Dortmund, 4. April. Bezahlt wurden für 50 Klgr. Lebendgewicht: Ochsen: vollfleischige, höchsten Schlachtwerts, jüngere 35—37, sonstige vollfleischige, jüngere 32—34, fleischige 26—30; Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 30—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 27—29, fleischige 23—26; Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 26—28, fleischige 22—25, gering genährte 17—21; Färsen: vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 32—35, vollfleischige 29—30, fleischige 27 bis 28; Kälber: beste Mast- und Saugkälber 40 bis 45, mittlere Mast- und Saugkälber 33—39, geringe Kälber 23—32; Schweine: vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 40—42, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgew. 40—42, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 38—40, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 35—38, Sauen 31—36 RM. Auftrieb: Großvieh 682, Ochsen 24, Bullen 100, Kühe 531, Färsen 22, Fresser 5, Kälber 740, Schafe 25, Schweine 2806, Ziegen 1. Marktverlauf: Großvieh in guten Tieren mittel, sonst langsam, geräumt; Kälber und Schweine schlecht, geräumt. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Essener Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Essen, 4. April. Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts (jüngere) 34—37, sonstige vollfleischige (jüngere) 30—33. Bullen: Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 28 bis 31, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—27, fleischi e 22—24. Kühe: Jüngere vollfl. höchsten Schlachtwerts 27—30, sonstige vollfleisch. oder ausgemästete 24—26, fleischige 20—23, gering genährte 15—19. Färsen: Vollfleisch. ausgemästete höchsten Schlachtwerts 32—34, vollfl. 29—31. Fresser: Mäßig genährtes Jungvieh 19—22. Kälber: Doppellender bester Mast 55 bis 65, beste Mast- und Saugkälber 40—44, mittlere Mast- und Saugkälber 32—38, geringe Kälber 20—30. Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel 36—38. Schweine: Vollfleisch. Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 39—41, vollfl. Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 40—43, vollfl. Schweine von ca. 160 bis 200 Pfd. Lebendgewicht 37—41, fleisch. Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 35—37, Sauen 28—36 RM. für 50 Kg. Lebendgewicht. Auftrieb: Großvieh 386; Ochsen 59, Bullen 105, Kühe 165, Färsen 38, Fresser 19, Kälber 840, Schafe 24, Schweine 2771. Marktverlauf: In allen Gattungen sehr schleppend. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben

Düsseldorfer Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Düsseldorf, 4. April. Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts (jüngere) 35 bis 38, sonstige vollfleischige (jüngere) 30—34. Bullen: Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 28—31, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 24—27, fleischige 20—23. Kühe: Jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 29—32, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 25—28, fleischige 21—24, gering genährte 15—20. Färsen: Vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 31—34, vollfleischige 27—30, fleischige 22—25. Kälber: Beste Mast- und Saugkälber 42—48, mittlere Mast- und Saugkälber 32—41, geringe Kälber 20—30. Schweine: Vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 38—42, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 38—43, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 36—42, fleisch. Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 33—37, fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht 28—33, Sauen 30—34 RM. für 50 Kilogr. Lebendgewicht. Auftrieb: Ochsen 29, Bullen 61, Kühe 95, Färsen 5, Fresser 5, Kälber 579, Schafe 4, Schweine 3197. Marktverlauf: Großvieh mittelmäßig, Kälber langsam, Schweine sehr schlecht. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Kölner Schlachtviehmarkt

(Bericht der Notierungskommission)

Köln, den 4. April. Bezahlt wurden für 50 Klgr. Lebendgewicht: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts a) jüngere 34 bis 37, b) ältere 27—31, sonstige vollfleischige a) jüngere 29—32, b) ältere 24—27; Bullen: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 27 bis 30, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 22—26; Kühe: jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwerts 28—31, sonstige vollfleischige oder ausgemästete 24—27, fleischige 18—23, gering genährte 15—17; Färsen: vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts 32—35, vollfleischige 26—30; Fresser: mäßig genährtes Jungvieh 20—26; Kälber: Doppellender bester Mast 53—65, beste Mast- und Saugkälber 42—48, mittlere Mast- und Saugkälber 32—40, geringe Kälber 23—30; Schafe: Mastlämmer und jüngere Masthammel, Weidemast 38—42, fleischiges Schafvieh 32—35; Schweine: Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht 37—42, vollfleischige Schweine von ca. 240—300 Pfd. Lebendgewicht 38—42, vollfleischige Schweine von ca. 200—240 Pfd. Lebendgewicht 38—44, vollfleischige Schweine von ca. 160—200 Pfd. Lebendgewicht 36—43, fleischige Schweine von ca. 120—160 Pfd. Lebendgewicht 30—38, Sauen 30—36 RM. Auftrieb: Großvieh 1117, Ochsen 259, Bullen 169, Kühe 593, Färsen 56, Fresser 40, Kälber 1443, Schafe 55, Schweine 5398. Marktverlauf: Großvieh beste Tiere auch noch höher bezahlt, ruhig, geräumt, Kälber ruhig, mittel, geringe Kälber schwer verkäuflich, Schafe ruhig, Schweine sehr schlecht. — Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Amerikanische Methodistenkirche gegen den Kriegsschuld-Artikel

Die Konferenz der Methodisten-Kirche der östlichen Bundesstaaten nahm eine Entschließung an, in der die Revision des Versailler Vertrages zwecks Befreiung Deutschlands von dem Vorwurf der Alleinschuld am Kriege gefordert wird.

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe

Ganz bedeutend herabgesetzte Preise **Nutzen Sie diese günstige Einkaufsgelegenheit aus**

Friedrich Spies, Burscheid

Bekanntmachung

Die Schulaufnahme in der hiesigen gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule erfolgt am Donnerstag, den 7. April 1932, nachmittags um 6 Uhr, in der Berufs- und Handelsschule am Lindenweg hier. Zum Besuch der Berufsschule sind alle männlichen Jugendlichen verpflichtet, die innerhalb der Gemeinde Burscheid beschäftigt sind und aus der Volksschule entlassen wurden, sowie die von den höheren Schulen abgegangenen Schüler. Arbeitslosigkeit entbindet nicht vom Besuch der Schule. Lehrlinge sind auch während der Probezeit schulpflichtig.

Die Arbeitgeber haben jeden von ihnen beschäftigten, im berufsschulpflichtigen Alter stehenden gewerblichen Arbeiter bezw. Lehrling spätestens am 6 Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Berufsschule anzumelden und spätestens am 3 Tage, nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, beim Schulleiter abzumelden.

Die Nichtbefolgung dieser Verpflichtungen ist strafbar.

Burscheid, den 4. April 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Verschleimung
Husten Asthma

Nach wenigen Tagen von heftigem Husten geheilt. H. Müller, Barmen.
Das Beste, was ich in meinen 62 Jahren brauchte. Fr. Ostrowski.
Nach 8 Tagen waren Schmerzen und Heiserkeit vollständig verschwunden. Fr. Dr. Wages.
War mit der 1. Flasche sehr zufrieden. Fr. Direktor R.
Laut vielen ärztlichen Gutachten hilft sofort unter Garantie **Husta-Glycin,** Fl. 0.95 u. 1.65. Erhältl.:

Drogerie Leo Becker, Hauptstr. 29
und
Drogerie Robert Seck, Hilgen.

Inserieren bringt Gewinn!

Neue ermäßigte Anzeigenpreise durch den

Personal-Anzeiger des „Daheim"

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote . . jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche . . . . jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 RM. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten"

Jede Dame
braucht **NEUE MODEN**
Vobachs Zeitschrift für elegante Moden

Zur zuverlässigen Beratung in allen Kleiderfragen bedient sich die elegante Dame der Vobach-Zeitschrift „Neue Moden". Jedes Heft erscheint in prächtiger, vielfarbiger Ausstattung mit Schnittmusterbogen, Aufbügelmuster und Gutschein für einen

Vobach-Schnitt *nach eigener Wahl*
Monatlich nur 90 Pfennig einschließlich Bestellgeld

Echt bulgarischer
Knoblauchsaft
bewährt bei
Arterienverkalkung
Rheumatismus
hohem Blutdruck
Herzbeschwerden
Asthma, Hämorrhoiden
Leber- und Gallenleiden
Maden- und Spulwürmer
Fl. 1.60 Mark.
Central-Drogerie und Fotohaus
Albert Lonnoy
Burscheid (Rhld.), Hauptstr. 35.

Haben Sie Stoff?
Tücht. Schneider-Meister fertigt Anzug od. Paletot mit guten Zutaten, gutem Sitz und Verarbeitung für 45 RM. an.
Ia Referenzen.
Spezialität: Korpulente.
August Milde
Witzhelden, Nüsenhöfen 12

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
Ortsgruppe Burscheid-Hilgen

Zu der am **Donnerstag, den 7. April,** abends 8 Uhr, im Vereinsheim **Heyders Gaststätten, Hilgen,** stattfindenden
Monats-Versammlung
laden wir hiermit ein.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Mädchen
21 Jahre, sucht Stelle im Haushalt. Zeugnisse und gute Empfehlungen vorhanden.
Eva Bernard
b. Josef Esser
Burscheid-Nagelsbaum.

1 hochtragende
Kuh
zu verkaufen.
Scholten, Geilenbach.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr. 79 — 2. Blatt — Dienstag, 5. April 1932

Die gestrige sechsstündige Kreistagssitzung

Der Etat des Kreises mit 2.8 Mill. Fehlbetrag verabschiedet

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Umlage von 68.5 Proz. abgelehnt, dagegen die der BAG mit 51 Proz. angenommen

Verschiedene angenommene Etatsabänderungsanträge – Neue Satzung für die Gärtnerschule

Burscheid, den 5. April 1932.

Nachdem am verflossenen Dienstag in unserer Stadtgemeinde der Stadtrat tagte, versammelte sich am gestrigen Nachmittag im Kreishause zu Opladen der Kreistag des Rhein-Wupper-Kreises, um in gemeinsamer Arbeit den Etat der Kreisverwaltung für das Rechnungsjahr 1932 zu beraten und zu verabschieden, gleichfalls um auch die Umlage festzusetzen. Die letzte Sitzung des Kreistages war vor Jahresfrist und hatte sich auch mit der Etatsberatung zu befassen. Aber vor Jahresfrist war die Sachlage eine etwas bessere, während sich die Zeitverhältnisse bis heute katastrophal ausgewirkt haben. Während im verflossenen Jahre der Fehlbetrag noch 1.2 Millionen RM betrug, war derselbe für diesen Etat auf die erhebliche Summe von 2.5 Millionen RM gestiegen, der sich in der Sitzung selbst noch erhöhte, da das Gremium sich zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Umlage von 68.5 Prozent nicht einverstanden erklären konnte.

Eine Resignationsstimmung herrschte unter den Abgeordneten, was ganz besonders in den Etatsreden zum Ausdruck kam. Fast alle Redner gingen mit dem heutigen System und seiner Lastenverteilung u. a. scharf ins Gericht. Und die Antwort: Man konnte sich nicht dazu bereiterklären, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Umlagesatz durchzubringen. Der Vorschlag der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft — der eine Verminderung dieses Satzes um 17.5 Prozent vorsieht — ging zum Schluß durch, nachdem man schon vorher befürchtete, der Etat mit seiner Umlage würde keine Mehrheit finden. Was in der Tat auch eingetreten wäre, wenn kein Vermittlungsvorschlag im Umlagesatz eingebracht worden wäre. Durch die niedrige Umlage will man nun zeigen, daß man nicht freiwillig bereit ist, alle Diktate der Regierung mir-nichts-dir-nichts anzuerkennen und durchzuführen. Durch die Ablehnung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Umlagesatzes erhöht sich der Fehlbetrag des Rhein-Wupper-Kreises automatisch auf etwa 2.8 Millionen RM, wie Landrat Trimborn ausführte.

Bis auf zwei Kreistagsabgeordnete war der Kreistag vollzählig erschienen, während der Zuhörerraum nur sehr spärlich besetzt war. Ueber ein Dutzend Pressevertreter folgten der Sitzung mit wachsendem Interesse.

Im folgenden wird nun ein kurzer und sachlicher Sitzungsbericht wiedergegeben, da es unmöglich ist, eine sechsstündige Kreistagssitzung im Rahmen einer ausführlichen Berichterstattung zu bringen.

Sitzungsbericht

Landrat Trimborn eröffnet um 3 Uhr die Sitzung des Kreistages, ernennt die Stimmzähler sowie Protokollführer und stellt Regierungsassessor Dr. Roßberg nach dem Weggang von Dr. Kriele dem Gremium vor.

Abg. Ochell stellt sodann einen Dringlichkeitsantrag, wonach die Familien der drei erschossenen Hückeswagener Familienväter eine Zuwendung in Höhe von 1000 Mark erhalten sollen.

Der Vorsitzende betont, daß diesem Antrag nicht stattgegeben werden könne.

Abg. Pauly wünscht eine Probeabstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag, der jedoch mit Mehrheit abgelehnt wird.

Einführung eines neuen Kreisdeputierten

Landrat Trimborn führt sodann an Stelle des ausgeschiedenen Kreisdeputierten, jetzigen Oberbürgermeister Henrichs, den neuen Kreisdeputierten P. M. Weeger aus Richrath in sein Amt ein.

Einführung neuer Kreistagsabgeordneter

Die neuen Kreistagsabgeordneten Albert Dieper-Leichlingen, Hugo Clever-Wermelskirchen, Arnold Schulz-Leverkusen-Wiesdorf und Fritz Klesper-Wermelskirchen werden alsdann vom Vorsitzenden in den Kreistag eingeführt.

Neuwahl der Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Jahr 1933

Für das Jahr 1932 sind als Vertrauensmänner tätig:

a) Amtsgericht Opladen:

1. Bodden, Fritz, Schlosser, Leverkusen-Wiesdorf; 2. Reiff, Anton, Lehrer, Opladen-Quettingen; 3. Stöver, Gastwirt, Leichlingen; 4. Otten, Jean, Leverkusen-Wiesdorf; 5. Jünemann, Gastwirt, Opladen; 6. Bremer, Peter, Parteisekretär, Leichlingen; 7. Pick, Karl, Schlosser, Langenfeld.

b) Amtsgericht Lennep:

1. Köhler, Emil, Kaufmann, Radevormwald; 2. Buchholz, Emil, Uelemannssiepen; 3. Burghoff, Emil, Hückeswagen; 4. Heimbrock, Josua, Feilenhauer, Dahlerau.

c) Amtsgericht Wermelskirchen:

1. Hilverkus, Landwirt, Well; 2. Himmels, Buchdrucker, Wermelskirchen; 3. Hindrichs, Sparkassenrendant, Dabringhausen; 4. Keppler, Karl, Wermelskirchen; 5. Reetz, Otto, Gewerkschaftssekretär, Wermelskirchen; 6. vom Stein, Otto, Geschäftsführer, Wermelskirchen; 7. Faust, Eduard, Wermelskirchen.

Zuwahl von Mitgliedern des beim Katasteramt in Remscheid-Lennep bestehenden Grundsteuerausschusses

Infolge der kommunalen Neugliederung ist eine Zuwahl verschiedener Mitglieder und Stellvertreter des beim Katasteramt in Remscheid-Lennep für das Gebiet der Stadtgemeinden Hückeswagen und Radevormwald bestehenden Grundsteuerausschusses durch den Kreistag erforderlich geworden. Dieser Ausschuß ist nach § 5 des Gesetzes vom 14. Februar 1923 über die Erhebung der Grundvermögenssteuer teils vom Regierungspräsidenten ein Mitglied und ein Stellvertreter zu ernennen, teils von der Kreisvertretung fünf Mitglieder und fünf Stellvertreter zu wählen. Mitglieder und Stellvertreter müssen je zur Hälfte Grundbesitzer und Nichtgrundbesitzer sein. Bei der Wahl ist zu berücksichtigen, daß Mitglieder und Stellvertreter möglichst allen Teilen des Veranlagungsbezirkes, der das Gebiet der Gemeinden Hückeswagen und Radevormwald umfaßt, angehören sollen. Der für die genannten Gemeinden gebildete Ausschuß muß aus sechs Mitgliedern und sechs Stellvertretern bestehen. Infolge der kommunalen Neugliederung besteht er z. Zt. noch aus drei Mitgliedern und einem Stellvertreter, nämlich: das vom Regierungspräsidenten ernannte Mitglied: Ackerpächter Max Mühlinghaus, Hükeswagen-Höhsiepen; Stellvertreter: Fritz Kleinschmidt, Ldw.-Geh. Radevormwald, Altenhof, der vom Kreistag gewählten Mitglieder: Landwirt Wilhelm Pohlmann, Radevormwald; Eisenbahner Gust. Huckenbeck, Radevormwald.

Ergänzend zu wählen sind mithin drei Mitglieder und fünf Stellvertreter.

Die Wahl fällt auf:

a) Grundbesitzer:

Landwirt Fritz Engstfeld, Radevormwald; Landwirt Ewald Schwefringhaus, Hückeswagen.

b) Nichtgrundbesitzer:

Schlosser Fröhlich, Hückeswagen.

Die Stellvertreter sind:

a) Grundbesitzer:

Landwirt Hugo Hesse, Radevormwald; Rentner Emil Wüster, Hückeswagen; Landwirt Ewald Wirth, Hückeswagen.

b) Nichtgrundbesitzer:

Fabrikant Fritz Zoll, Hückeswagen; Otto Becker, Radevormwald.

Erlaß einer neuen Satzung für die Gärtnerschule des Kreises

Die den Besuch der Fortbildungsschule für Gärtner (Gärtnerschule) des Rhein-Wupper-Kreises regelnde Kreissatzung vom 16. Februar 1923, die mit Beschluß vom 22. Januar 1924 I. C. 1470/23 die Genehmigung des Bezirksausschusses fand, ist infolge der kommunalen Neugliederung mit dem 1. August 1930 rechtsunwirksam geworden. Der Erlaß einer neuen Satzung ist somit erforderlich.

Die Gemeinden aus dem oberen Kreis mußten ausgeschlossen werden, da an der Landwirtschaftsschule in Lennep eine Gärtnerfachklasse besteht. Die Fachklasse ist für die Schüler aus dem oberen Kreise besser zu erreichen, als die Gärtnerschule in Opladen. Sollte die Fachklasse in Lennep jedoch eingehen, so kann die Kreissatzung auch auf den oberen Kreisteil ausgedehnt werden.

Reg.-Ass. Dr. Roßberg erläutert die Vorlage der Verwaltung und weist zum Schluß darauf hin, daß der Abänderungsvorschlag der KPD-Fraktion nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche.

Abg. Schulz (KPD) erläutert in eingehender Weise den von der KPD gestellten Abänderungsvorschlag und die neue Satzung für die Gärtnerberufsschule des Kreises.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des kommunistischen Abänderungsvorschlages und der Kreistag beschließt den Erlaß der hierzu gezeichneten Kreissatzung über den Besuch der Fortbildungsschule für Gärtner (Gärtnerschule) des Rhein-Wupper-Kreises.

Feststellung und Entlastung der Rechnung der Kreis-Kommunal-Kasse für 1930

Die Rechnungsabschlüsse der Kreiskommunalkasse für 1930 bringt der Vorsitzende zur Kenntnis. Danach schließen ab die Rechnung des ordentlichen Haushaltsplanes

in Einnahme mit	5 839 351,20 RM
in Ausgabe mit	6 279 487,69 RM
also mit einem Vorschuß von	440 136,49 RM

die Rechnung des außerordentlichen Haushaltsplanes

in Einnahme mit	723 846,87 RM
in Ausgabe mit	698 585,96 RM
also mit einem Bestande von	25 260,91 RM

Abg. Voos (BAG) übt als Rechnungsprüfer Kritik an der vorgelegten Rechnungsablage und betont, daß der Landrat zugesagt habe, daß die sachlich festgestellten Mängel behoben würden. Er schlägt Abnahme und Entlastung vor.

Des weiteren sprechen als Rechnungsprüfer die Abg. Pauly und vom Stein. Landrat Trimborn stellt einige Bemerkungen des Abg. Pauly richtig. Weiter nehmen noch zu dieser Angelegenheit die Abg. Fastenrath, Pauly (KPD), vom Stein, Halbach (BAG) und Fastenrath das Wort und dann wird die Debatte geschlossen.

Nach Entgegennahme des Berichtes des Rechnungsprüfungsausschusses und der Kritik beschließt der Kreistag, die Rechnungen festzusetzen und dem Rendanten und der Verwaltung Entlastung zu erteilen.

Beratung und Feststellung des Kreishaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1932 Festsetzung der Kreisumlage

Etatsrede des Landrats

Schon beim flüchtigen Durchblättern des Haushaltsplanentwurfs des Rhein-Wupper-Kreises gewinnt jeder, der Haushaltspläne zu lesen versteht, ein erschütterndes Bild der finanziellen Lage eines industriellen westlichen Landkreises. Die Tatsache, daß trotz aller Sparmaßnahmen und trotz allem Aufgabenabbau die Haushaltspläne der industriellen Landkreise nicht mehr ausgeglichen werden können, zeigt mehr als lange Reden den furchtbaren Ernst der Situation.

Nach bisher unveröffentlichtem Material des Preußischen Landkreistages sind von vielen preußischen Landkreisen ganz ungewöhnliche Maßnahmen getroffen worden, um offenen Kassenzusammenbruch zu vermeiden. Nach den Feststellungen der Leitung des Landkreistages sind von 391 Landkreisen 306 Kreise mit ihren Zahlungen im Rückstand und zwar mit einem Gesamtbetrage von 51 951 000 Mark, davon entfallen auf fällige unbezahlte Rechnungen: 10 308 000 RM in 228 Landkreisen; auf Zinsen und Tilgungsraten (ohne Kapitalrückzahlung bei kurzfristigen Krediten): 8 130 000 RM in 180 Landkreisen; auf Provinzialumlage: 6 785 000 RM in 200 Landkreisen; auf rückständige Zahlungen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens an Provinzen und Gemeinden: 17 922 000 RM in 196 Landkreisen; auf sonstige Zahlungsverpflichtungen: 8 805 000 RM in 116 Landkreisen.

Besondere Maßnahmen zur Verminderung des Kassenfehlbetrages sind von 293 Kreisen mit einem Gesamtbetrag von 66 472 000 RM gemeldet. Diese Summen setzen sich zusammen aus unberechtigten Fondsentnahmen: 21 517 000 RM in 201 Landkreisen; aus Verwendung von Sondervermögen: 3 209 000 RM in 50 Landkreisen; aus sonstigen Einnahmen (zum größten Teil Kassenkredite): 41 745 000 RM in 210 Landkreisen.

Wenn etwas geeignet erscheint, die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände auf eine grundlegende Aenderung der Arbeitslosenversicherung zu begründen, dann sind es diese Zahlen. Denn darüber kann und darf sich die Oeffentlichkeit bei der Beurteilung der furchtbaren Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht täuschen lassen:

Die Hauptursache der kommunalen Not ist die Tatsache, daß man den Schultern der Kommunen und Kommunalverbänden finanzielle Lasten aufgebürdet hat, die nicht mehr tragbar sind

In meinem Begleitbericht zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf (den wir bereits veröffentlicht haben) habe ich schon betont: **Die Kommunen und Kreise müssen wieder zurück zur eigenen Finanzverantwortlichkeit geführt werden!** Dazu aber ist in erster Linie notwendig, eine Aenderung der Lastenverteilung zwischen Reich, Staat und Gemeinden. Die Armen und Arbeitsunfähigen, die voraussichtlich für immer aus dem Produktionsprozeß der Wirtschaft ausgeschaltet sind, unterstützt und betreut von den Bezirksfürsorgeverbänden, die arbeitsfähigen und arbeitswilligen konjunkturellen Erwerbslosen aber zurück von den kommunalen Stellen zur Reichsanstalt: Das muß solange gefordert werden, bis diesem berechtigten Ruf Folge geleistet wird! Dabei sind sich die preußischen Landkreise sehr wohl bewußt, daß in diesen anormalen Notzeiten auch bei einer derartigen, von ihnen geforderten grundsätzlichen Aenderung keineswegs die finanziellen Sorgen vollkommen und mit einem Schlage beseitigt werden können. Man wird, auch wenn die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung in der von kommunaler Seite gewünschten Weise kommt, auch in den Gemeinden und Gemeindeverbänden weiterhin aufs empfindlichste unter der Ungunst der Wirtschaftsnot zu leiden haben und alle nicht absolut notwendigen und dringlichen Aufgaben auf bessere Zeiten zurückstellen müssen. Aber schon die Gewißheit, nun wirklich in den Kommunen wieder selbst verwalten zu können, wieder zur eigenen Finanzverantwortung zu kommen, sollte alle Kreise, die den stolzen Bau der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung in den preußischen Landkreisen nicht zerstören wollen, veranlassen, die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nach einer Neuregelung des Finanzausgleichs, verbunden mit einer wirksamen kommunalen Entlastung durch Aenderung der Arbeitslosenversicherung, aufs stärkste zu unterstützen.

Ich darf mich nach diesen kurzen grundsätzlichen Darlegungen dem Haushaltsplanentwurf selbst zuwenden. Als der Kreistag im vergangenen Jahre den Haushaltsplan verabschiedete, waren die Schätzungen auf der Einnahmeseite noch einigermaßen optimistisch. Die Verwaltung rechnete beim Abschnitt 15: Steuern und Gebühren, mit einem Aufkommen von 3 317 500 RM. Leider hat die fortschreitende Ungunst der wirtschaftlichen Lage diesen Betrag längst nicht erreichen lassen. Die Schätzung des Istaufkommens mit einem Betrage von 2 857 300 RM bleibt um fast eine halbe Million hinter den Schätzungen am Beginn des Haushaltsjahres zurück! Die Ausgaben sind zwangsläufig weiter gestiegen, besonders im Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes beim Titel „Unterstützende Fürsorge", obwohl ein Vergleich der Ansätze und der Istzahlen für 1931 im Entwurf Ihnen deutlich zeigt, wie sehr die Verwaltung bestrebt war, überall, wo es sich ermöglichen ließ, die Ausgaben zu drosseln.

Nach dem Voranschlag betragen die Aufwendungen für Wohlfahrtserwerbslose 2 305 000 RM. Dieser Zahl liegen zugrunde: 6000 unterstützte Parteien abzüglich 10 Prozent, die noch zu dem Personenkreis gerechnet werden, die der Betreuung des Bezirksfürsorgeverbandes unterliegen. Der aufgrund dieser Ausgabe von 2 305 000 RM entstehende Fehlbetrag wird auf 1 511 000 RM veranschlagt, da auf die vorgenannten Ausgaben bereits die vom Reich

geleisteten Staatsdotationen für Wohlfahrtszwecke nach der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 in Höhe von 794 000 RM angerechnet werden müssen.

Zu dem Fehlbetrag von 1 511 000 RM im Wohlfahrtsetat, der durch Staats- oder Reichsbeihilfen ausgeglichen werden soll, kommt der Fehlbetrag des Hauptetats in Höhe von 959 000 RM. Berücksichtigt man, daß aus dem Vorjahre ein Vorschuß von rd. 1 283 000 RM übernommen werden mußte, der nachweislich ebenfalls durch Aufwendungen für Wohlfahrtserwerbslose entstanden ist, so darf zunächst mit Berechtigung verlangt werden, daß auch dieser Fehlbetrag durch Staatsbeihilfen gedeckt wird. Es darf weiter daraus geschlossen werden, daß der laufende Haushaltsplan der Kreisverwaltung ohne die Kosten für Wohlfahrtserwerbslose ausgeglichen ist und daß sogar praktisch auf den Vorschuß von 1 283 000 RM ein Betrag von 323 700 RM abgetragen werden kann.

Demnach beträgt der Fehlbetrag, für den der Kreis keinerlei Deckungsmöglichkeiten hat und der infolgedessen als Staatsbeihilfe angefordert werden muß: im Haupthaushaltsplan 959 300 RM, und im Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes 1 511 000 RM, insgesamt also: 2 470 300 RM.

Ein Wort zu den Einsparungen, die die Verwaltung im Haushaltsplan vorgesehen hat. Nach dem Ihnen vorliegenden Entwurf sind 406 600 RM Einsparungen vorgesehen. Weitere zu Buch schlagende Sparmöglichkeiten sind kaum noch gegeben. In der den Herren Abgeordneten vorgelegten Uebersicht ist im einzelnen angeführt, wo bei den einzelnen Positionen Sparmaßnahmen möglich waren. Ich kann daher darauf verzichten, sie hier im einzelnen zu wiederholen. Ich möchte nur eine Position herausgreifen, die mir wichtig genug erscheint, daß dazu ein Wort in der Oeffentlichkeit gesagt wird: **Die Ersparnis an Besoldungsaufwand!** Der Gesamtaufwand an Besoldungen betrug in den Rechnungsjahren: 1930: 408 300 RM, 1931: 333 400 RM, 1932: 255 700 RM. Das bedeutet, wie schon in dem Ihnen vorliegenden Erläuterungsbericht gesagt wurde, eine Ersparnis von 1930 auf 1932 von 37,4 Prozent. Ich erwähne diese außerordentlich starken Reduzierungen der Beamten- und Angestelltenbezüge besonders deshalb, weil in der Oeffentlichkeit noch vielfach vollkommen irrige Auffassungen über die Gehälter der Beamten und Angestellten des Kreises kolportiert werden. Die staatliche Aufsichtsinstanz hat die Gruppeneinstufungen der Beamten und Angestellten des Kreises sorgfältig nachgeprüft, sodaß die Behauptungen, die Beamten und Angestellten des Kreises seien gegenüber gleichartigen Stellen beim Staat und beim Reich bevorzugt eingestuft, vollkommen unrichtig ist.

Bei dieser Gelegenheit fühle ich mich übrigens verpflichtet, allen Beamten und Angestellten der Kreisverwaltung, die auch in dem für die Verwaltung so arbeitsreichen und schwierigen Jahre ihre Pflicht bis aufs äußerste getan haben, öffentlich von dieser Stelle meinen uneingeschränkten Dank zum Ausdruck zu bringen. Ebenso danke ich den Herren des Kreisausschusses und allen anderen ehrenamtlich tätigen Damen und Herren, die in diesen schlimmen Notzeiten die Verwaltung in ihrer Arbeit unterstützt haben.

Die sozialen Positionen sind bei dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf leider recht stiefmütterlich behandelt worden. Auch die Aufwendungen für landwirtschaftl. Zwecke sind in dem vorliegenden Entwurf leider stark eingeschränkt worden. Die Kürzungen oder Streichungen sind erklärlich aus der allgemeinen Finanznot. Der Kreis ist, solange nicht die von mir vorhin erwähnte Neuregelung des Finanzausgleichs kommt, auf dauernde Zuschüsse von Reich und Staat angewiesen, wenn er vor allem seinen fürsorgerischen Pflichten nachkommen soll. Ich glaube, daß es daher verantwortet werden kann, wenn hinter dieser einen großen Kardinalaufgabe: die unverschuldet erwerbslos gewordenen Menschen nicht völlig ohne Hilfe und Unterstützung zu lassen, weniger dringliche Aufgaben zurückstehen müssen.

So präsentiert sich Ihnen der vorliegende Entwurf als **ein Haushaltsplan der Not, der auf jeder einzelnen Seite den völligen Zusammenbruch aller kreiskommunalen Finanzpolitik aufzeigt.** Zwangsläufig bleiben in allen Haushaltsplänen der industriellen Landkreise große Fehlbeträge, die durch Kreisumlagen und andere Einnahmemöglichkeiten nicht gedeckt werden können. Im vorliegenden Entwurf sind, wie schon erwähnt, rund 2,5 Millionen RM ungedeckt; dem Nachbarkreis Düsseldorf-Mettmann fehlen bei einem Etat von 7,5 Millionen RM: 4,5 Millionen; der Kreis Kempen-Krefeld meldet einen Fehlbetrag von 2,6 Millionen RM und ein Landkreis im Aachener Bezirk hat festgestellt, daß er eine Versiebenfachung seiner Kreisumlage notwendig hat, wenn er seinen Etat ohne Defizit ausgleichen will.

Diese wenigen Zahlen ergänzen das trübe Bild, das ich Ihnen einleitend aus der Finanzstatistik des Preußischen Landkreistages entrollte. Angesichts derartiger Verhältnisse hat es nur problematischen Wert, zu dem vorliegenden Entwurf Anträge zu stellen, die die Ausgabenseite weiter belasten.

Noch ein Wort zu der Auffassung, den Entwurf deshalb abzulehnen, weil die Notverordnungspolitik der Reichsregierung der kommunalen Selbstverwaltung Daumschranben angelegt habe. Ich warne vor einer solchen Politik der Verärgerung. Im Interesse des Kreises und jener Schichten, die der Hilfe am stärksten bedürfen, wäre damit nicht gedient.

Ich bitte daher dringend, trotz aller Bedenken, für die ich volles Verständnis habe, aus rein sachlichen Erwägungen dem vorliegenden Entwurf ihre Zustimmung zu geben. Dann kann der Kreistag mit gutem Gewissen von sich sagen, daß er alles getan hat, was in seiner Kraft lag, um die Katastrophe zu verhindern.

Die erste Garnitur

Vor der Debatte entspinnt sich eine Aussprache über die Reihenfolge der einzelnen Redner.

Abg. Fastenrath (KPD) spricht in 5/4stündiger Rede zum Etat und bringt eine ganze Reihe Abänderungsvorschläge. U. a.: Die Gehälter der Beamten werden, soweit dieselben 400 RM im Monat übersteigen, auf diese Summe reduziert. Die dadurch erzielten Ersparnisse werden zur Finanzierung der kommunistischen Anträge verwandt, insbesondere für die Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungssätze. Sämtliche Positionen für die Polizeiverwaltung werden gestrichen. Außer den vielen Abänderungsanträgen gibt er noch folgenden Antrag bekannt: Der Kreistag ersucht den Kreisausschuß, die Fürsorgerichtsätze rückwirkend ab 1. März 1932 um 30 Prozent zu erhöhen und außer den Richtsätzen den Unterstützungsempfängern die Miete in voller Höhe zu erstatten.

Abg. Tönnies (Zentrum): Wir sind uns klar darüber, daß mancher berechtigte Wunsch nicht erfüllt werden kann, da die Deckung hierzu fehlt. Als ein Kunststück muß man es bezeichnen, daß der Haushaltsplan so fertiggestellt wurde, wofür wir dem Vorsitzenden und seinen Mitarbeitern Dank sagen. Aber auch den caritativen Vereinen, die uns mitgeholfen haben, über diesen harten Winter hinweg zu kommen, gebührt unser Dank. Eine Minderung auf der Ausgabenseite muß schnellstens kommen und die Gemeinden müssen dabei nach Kräften mithelfen. Wir bedauern, daß die Beträge für die Vorbeugung von Krankheiten gestrichen wurden, ferner die Unmöglichkeit der Bereitstellung der Mittel für Wegebau und Meliorationen, wodurch mancher wieder in den Erwerbsprozeß hätte eintreten können. Zum Schluß möchte ich die Verwaltung im Namen der Zentrumspartei bitten, dahin zu arbeiten, daß weitere Einsparungen vorgenommen werden können, die dann der Wohlfahrt zugeführt werden müssen. Unter Berücksichtigung einiger kleiner Aenderungen sind wir mit dem Etat einverstanden und werden ihm zustimmen.

Abg. Dr. Bosserhoff (BVG): Unser Etat ist eine Bankrotterklärung der Selbstverwaltung. Wir können unseren Etat nicht ausgleichen, selbst wenn wir sämtliche Besoldungen streichen. Nach weiteren allgemeinen Ausführungen stellt er einige Abänderungsanträge und nachstehende vier Anträge, die bei der späteren Abstimmung angenommen wurden:

Kreistag wolle beschließen:

1. Sämtliche Reisekosten sind zukünftig nach den staatlichen (preußischen) Vorschriften zu liquidieren. Nur bezügl. des Regierungs-Assessors bleibt es bei der bisherigen Regelung, wonach für Dienstreisen nach nahe gelegenen Orten im Sinne der Preuß. Vorschriften (30 Klm. Zone) und im Kreisgebiet ein Pauschalbetrag gezahlt wird.
2. Der Vertrag mit dem Rhein. Städtebundtheater ist sofort zu kündigen.
3. Der im Etat eingesetzte Betrag für Beihilfen zu Wasserversorgungsanlagen darf nur verausgabt werden, wenn die betr. Gemeinde oder Genossenschaft 5/8 und Staat, sowie Provinz zusammen 2/8 der Gesamtkosten tatsächlich auch zuschußweise zahlen.
4. Alle im Etat angesetzten Beträge, deren Auszahlung nicht nach gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen hat, oder welche zur Verfügung bestimmter Personen stehen (Dispositionsfonds), dürfen nur nach vorheriger Prüfung und Genehmigung der Einzelanträge durch den Kreisausschuß von dem verantwortlichen Leiter der Verwaltung bezw. seinem gesetzlichen Vertreter angewiesen werden.

Zur Umlage erklärt er im Namen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, daß sie die geforderte Umlage in Höhe von 68,5 Prozent ablehne; einer Umlage von 51 Prozent würde sie zustimmen, denn eine weitere Belastung sei keineswegs zu ertragen.

Abg. Reetz (SPD) gab nach einleitenden Ausführungen zur Etatsbegründung nachstehende Erklärung der SPD-Fraktion ab:

Die Sozialdemokratische Kreistagsfraktion des Rhein-Wupper-Kreises stimmt trotz erheblicher Bedenken dem vorliegenden Haushaltsplan zu, weil sie vermeiden will, daß durch eine Ablehnung des Haushaltsplans der Kreis Gefahr läuft, auf die Gewährung der für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen notwendigen laufenden Dotationsmittel verzichten zu müssen. So bedauerlich der Fortfall oder die Reduzierung wichtigster sozialer Etatspositionen auch sein mag, die Hauptaufgabe und Hauptfürsorge in der jetzigen Notzeit muß den unverschuldet in Not geratenen Wohlfahrtserwerbslosen gelten, die als Opfer einer verfehlten Wirtschaftsordnung ohne Arbeit und ohne Verdienst sind.

Die Fraktion gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß weitere Verschlechterungen auf dem Gebiet der unterstützenden Fürsorge durch erneute Reduzierung der Richtsätze nicht mehr eintreten; sie ersucht Kreisausschuß und Kreisverwaltung, sich gegen weitere diktatorische Anordnungen auf Kürzung der Richtsätze entschieden zur Wehr zu setzen. Darüber hinaus aber fordert die Fraktion im Interesse der Kommunen und im Interesse einer wirklichen Selbstverwaltung schnellste Aenderung des gegenwärtigen Zustandes, der den Bezirksfürsorgeverbänden nicht nur ungerechte sondern auch untragbare Lasten auferlegt. Wir begrüßen alle Schritte, die von der Verwaltung unternommen werden, um zu erreichen, daß die bisherige vollkommen verfehlte und ungerechte Regelung der Arbeitslosenunterstützung beseitigt und die Gemeinden und Gemeindeverbände von einer Last befreit werden, unter der sie zusammenzubrechen drohen.

Mit Rücksicht darauf, daß der vorliegende Haushaltplan mit einem Betrag von über 2 1/2 Millionen RM unausgeglichen ist und zu einer solchen Ausgleichung auch dem Kreistag als Selbstverwaltungskörperschaft keinerlei gesetzliche Möglichkeiten gegeben sind, verzichtet die Fraktion auf die Stellung besonderer Anträge, für die keinerlei Deckungsmöglichkeiten vorliegen.

Zu den kommunistischen Anträgen bemerken wir: Die Anträge sind infolge der nicht vorhandenen Mittel undurchführbar. Ihre Annahme würde bei den Unterstützungsempfängern Hoffnungen wecken, die nicht verwirklicht werden können, denn mit der Annahme der Anträge allein kann der notleidenden Bevölkerung nicht geholfen werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird jedoch mit allen Mitteln bestrebt sein, in dem Augenblick mit wirklich durchführbaren Vorschlägen und Anträgen zur Linderung der Notlage der Bedürftigen an Kreisausschuß und Kreistag heranzutreten, wenn die dazu notwendigen Mittel wieder beschafft werden können.

Die zweite Garnitur

Nunmehr sprechen noch die Abg. vom Stein, Klesper, Voos (der eine Erklärung zur Angelegenheit des Opladener Realgymnasiums abgibt, die wir untenstehend veröffentlichen), Dr. Lützenkirchen (der auf die Beibehaltung der Verwaltungsschule Leverkusen hinweist und eine Bereitstellung von 2000 RM für diese Anstalt beantragt).

Die Erklärung des Abg. Voos hat folgenden Wortlaut:

Zwischen den Gemeinden des unteren Kreises und dem Kreise selbst besteht schon seit langem Streit wegen der Kostenverteilung für das Realgymnasium und die Oberrealschule in Opladen. Diese Streifrage wird zur Zeit im Verwaltungsstreitverfahren geklärt. Es muß unbedingt abgelehnt werden, daß diese Frage heute verquickt wird mit der Frage des Abbaues des Oberrealschulzuges, wie es in der Stadtverordnetenversammlung in Leverkusen geschehen ist. Auch die Frage des Lyzeums dürfte uns als Kreistag nichts angehen, da es sich hier um örtliche Einrichtungen handelt. Wenn wir uns außerhalb der Kostenverteilungsfrage über das Realgymnasium bezw. die Oberrealschule selbst als solche unterhalten sollen, dann muß ich grundsätzlich sagen, daß diese Frage doch viel zu wichtig ist, um im Rahmen des Haushaltsplanes ohne gründliche Vorberatung in den zuständigen Gremien hier abgetan zu werden. Für mich persönlich kann ich sagen, daß wir als Kreis nur ein Realgymnasium nebst Oberrealschule in Opladen haben. Dieses steht uns allen ohne Rücksicht auf Konfession und Gemeinde zur Verfügung. Bei allen anderen Einrichtungen, wo die Voraussetzungen nicht gegeben sind, mag man zunächst an einen Abbau denken, wenn keine Mittel mehr dafür zur Verfügung stehen. Damit möchte ich nicht gesagt haben, daß nicht auch bei dieser Kreiseinrichtung abgebaut werden sollte. Im Gegenteil, es muß alles geschehen, um durch Zusammenlegung von Klassen, durch gemeinsamen Unterricht der beiden Anstaltstypen, soweit das nach der unterrichtlichen Seite möglich ist, so sparsam wie möglich zu wirtschaften. An dem weiteren Bestehenbleiben gerade dieser einzigen Anstaltstypen im Kreise, die uns allen zur Verfügung stehen, darf aber dabei nicht gerüttelt werden.

Abg. Hummelsheim stellt gegen 8 Uhr den Antrag auf Schluß der Debatte, der angenommen wird.

Ebenfalls Annahme findet der Antrag des Abg. Pauly über die Abänderungsanträge einzeln abzustimmen und nicht en bloc.

Die Abstimmungen

Den bereits angeführten Antrag auf Reduzierung der Gehälter auf höchstens 400 RM wird vom Vorsitzenden zur Abstimmung nicht zugelassen, weil er ungesetzlich ist. Der von den Kommunisten, Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und Zentrum eingereichte Antrag, den Zuschuß für die Landwirtschaftskammer von 1200 auf 2400 RM zu erhöhen, damit der zweite Lehrer auch weiterhin an der Schule tätig sein kann, wird angenommen. Ferner auch der gleiche Antrag des Zentrums für die Landwirtschaftsschule Lennep. Weil der Antrag der KPD auf Erhöhung der Richtsätze nicht zur Kompetenz des Kreistages gehört, läßt der Vorsitzende auch diesen Antrag nicht zur Abstimmung kommen.

Von den Anträgen der Arbeitsgemeinschaft werden angenommen: Die Reisekosten werden von 6000 auf 5000 RM herabgesetzt. Da wegen der Veröffentlichung der Bekanntmachungen vertragliche Verpflichtungen übernommen wurden, wird der Kreisausschuß ermächtigt, in Verhandlungen einzutreten, damit dieser Kostenzuschuß auf 1000 RM gesenkt wird. Der Zuschuß für die Verwaltungsbeamtenschule Leverkusen in Höhe von 3000 RM wird gestrichen. Für Aufstellung von Meliorationsprojekten pp. werden 2500 RM eingesetzt. Der Betrag, der zur Verfügung des Vorsitzenden des Kreisausschusses steht, wird von 3000 auf 1000 RM gesenkt. Für kinderreiche Familien wird der Betrag von 500 auf 1000 RM erhöht. Der Betrag von 500 RM, der zur Verfügung des Leiters des Wohlfahrts- und Jugendamtes steht, wird gestrichen.

Die angenommenen Abänderungsvorschläge der Zentrumsfraktion lauten: Der eingesetzte Betrag für die Gärtnerberufsschule wird in Einnahme und Ausgabe auf 2850 RM gesenkt.

Als es zur Abstimmung über den Etat kommt, beantragt Abg. Dr. Bosserhoff eine Unterbrechung der Sitzung um 10 Minuten.

Nach Wiederbeginn wird der Etat für das Rechnungsjahr 1932 gegen die Stimmen der KPD angenommen. Das Verhältnis beträgt 25:8 Stimmen.

Aufruf des Oberpräsidenten
der Rheinprovinz zu den bevorstehenden Wahlen

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, wendet sich mit folgendem Aufruf an die rheinische Bevölkerung:

Die bevorstehenden Wahlen des Reichspräsidenten und zum preußischen Landtag geben mir Veranlassung, mich an die Bevölkerung der Rheinprovinz zu wenden mit der dringenden Bitte, im Wahlkampf Ruhe und Besonnenheit zu zeigen, die Gesetze zu achten und die Gebote des politischen Anstandes zu wahren. Ich halte es für meine Pflicht, die durch die Verfassung verbriefte politische Freiheit nach besten Kräften zu gewährleisten, und glaubte, diese Pflicht bisher gewissenhaft und peinlichst erfüllt zu haben. Grober Mißbrauch dieser Freiheit kann und wird aber auch in politischen Hochzeiten nicht geduldet werden. Ein Staat, der Verunglimpfungen nicht nachdrücklich zurückweist und Angriffe gegen sich nicht, notfalls mit allen gesetzlichen Mitteln, unterdrückt, gibt sich selbst auf und macht sich verächtlich.

Achtung vor der ehrlichen politischen Ueberzeugung des anderen sei und bleibe unsere heilige Pflicht. Der politische Gegner soll nicht als unser Feind gelten. Er ist zu bekämpfen mit guten sachlichen Gründen, aber nicht mit häßlichen persönlichen Beschimpfungen und widerlicher Verleumdung. Wer zur Stützung seiner Meinung zu Lüge und Verleumdung greift, kämpft bestimmt nicht für eine gute Sache.

Ich setze in den gesunden Sinn der rheinischen Bevölkerung das feste Zutrauen, daß auch diesmal im Wahlkampf Unsachlichkeit und Verhetzung weitestgehend vermieden werden. Es wäre dies ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Schicksalsverbundenheit, die das Rheinland in schwerer Zeit geeint hat, noch nicht vergessen ist.

Die beste Waffe, die wir im Wahlkampf führen können, ist der Stimmzettel. Für jeden Deutschen, der sein Volk und Vaterland wirklich liebt, ist es schwer erträglich, daß in einer Zeit, in der alle Kräfte dem Wiederaufbau des um seine Existenz ringenden Vaterlandes geweiht sein sollen, ein gut Teil dieser Kräfte für die Wahl in Anspruch genommen wird. Diese Kraft ist aber dann nicht nutzlos vertan, wenn es gelingt, unter dem erprobten Führer des Vaterlandes eine starke und arbeitsfähige Regierung zu schaffen, eine Regierung, die mithelfen kann und soll, die Riesenaufgabe zu erfüllen, die in der nächsten Zeit nach innen und nach außen unbedingt erfüllt werden muß. Bei den Wählern liegt die Entscheidung über Deutschlands und unsere eigene Zukunft. Wer aus irgendeinem nichtigen Grunde am 10. und 24. April nicht zur Wahlurne geht, hat kein Recht, sich zu beschweren, wenn sich die Zukunft nicht nach seinem Wunsch und Willen gestaltet. Wer nicht zur Wahl geht, verletzt sein höchstes Bürgerrecht, er vergeht sich schwer an seiner Pflicht gegen Volk und Vaterland. Darum darf kein wahlfähiger Rheinländer, keine Rheinländerin am 10. und 24. April fehlen.

Abstimmung über die Umlage

Der Verwaltungsvorschlag auf 68,5 Prozent Umlage wird einstimmig abgelehnt.

Der zweite Verwaltungsvorschlag auf 61 Prozent Umlage wird gegen die Stimmen des Zentrums und der SPD ebenfalls abgelehnt.

Der Antrag der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf 51 Prozent Umlage wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages muß der Kreis für das Rechnungsjahr 1932 mindestens die im Vorjahre erhobene Umlage von 61 Prozent weiter erheben.

Auf den gleichen Anteil an dem Biersteueraufkommen kann der Kreis ebenfalls nicht verzichten. Die Ueberlassung der Biersteuer an den Kreis im Jahre 1927 diente der Senkung der Kreisumlage. Aus diesem Grunde ist bei der Rückübertragung der Biersteuer an die Gemeinden der Kreis an der erhöhten Biersteuer mit dem gleichen Betrage (2,50 RM pro hl.) beteiligt worden, den er vorher auf grund seiner eigenen Steuerordnung erhob. Unter den augenblicklichen Verhältnissen kann der Kreis auf diese Beteiligung auf keinen Fall verzichten, zumal eine Erhöhung der Kreisumlage bei den z. Zt. bestehenden Bestimmungen nicht möglich ist.

Zur Deckung beschließt der Kreistag zu erheben: 51 Prozent der Einkommen- und Körperschaftssteuer der Gemeinden, 51 Prozent des staatlichen Grundvermögenssteuersolls, der Gewerbeertragssteuergrundbeträge und der Gewerbekapitalsteuergrundbeträge bezw. der halben Gewerbelohnsummensteuer, 51 Prozent vom halben Aufkommen der Bürgersteuer nach dem Landessatz.

Kreistag beschließt auf Grund des § 6 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 26. August 1931 (GSS 495) und vom 28. 11. 1930 (GSS 284) weiterhin wie für das Rechnungsjahr 1931 als Anteil an dem Aufkommen der Biersteuer der Gemeinden den Betrag von 2,50 RM je hl. zu beanspruchen.

Auf Grund des § 10 Abs. 1 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 beschließt der Kreistag, den in Einnahme-Abschnitt VA Nr. 1 eingesetzten Betrag für das Realgymnasium mit Oberrealschule in Opladen in Höhe von 81500 RM als Mehrbelastung von den Gemeinden Berg. Neukirchen, Burscheid, Hitdorf, Leichlingen, Opladen, Leverkusen, Richrath-Reusrath, Monheim, Baumberg und Witzhelden zu erheben und zwar je zur Hälfte nach der Schülerzahl und nach der Steuerkraft (Kreisabgabensumme). Die Schülerzahl wird berechnet nach dem Stande vom 1. Mai 1932, die Steuerkraft nach dem Stande des Rechnungsjahres 1931. Diese Regelung entspricht den Vorteilen, die den genannten Gemeinden von dieser Veranstaltung des Kreises zustatten kommen.

Aus der Heimat

Aufnahme in die Berufsschule

Die Schulaufnahme in der hiesigen gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule erfolgt am Donnerstag, den 7. April, nachmittags um 6 Uhr in der Berufs- und Handelsschule am Lindenweg hier. Zum Besuch der Berufsschule sind alle männlichen Jugendlichen verpflichtet, die innerhalb der Gemeinde Burscheid beschäftigt sind und aus der Volksschule entlassen wurden, sowie die von den höheren Schulen abgegangenen Schüler. Arbeitslosigkeit entbindet nicht vom Besuch der Schule. Lehrlinge sind auch während der Probezeit schulpflichtig.

Die Arbeitgeber haben jeden von ihnen beschäftigten im berufsschulpflichtigen Alter stehenden gewerblichen Arbeiter bezw. Lehrling spätestens am 6. Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Berufsschule anzumelden und spätestens am 3. Tage, nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, beim Schulleiter abzumelden.

Die Nichtbefolgung dieser Verpflichtungen ist strafbar.

Angaben über Markenwaren

Nach einer Verordnung des Herrn Reichskommissars für Preisüberwachung vom 29. Februar 1932 sind diejenigen Personen, die Nahrungs-, Genuß-, Arznei-, Heil- oder Stärkungsmittel sowie Gegenstände, die zur Körperpflege oder zum Verbrauch im Haushalt dienen, als Markenwaren herstellen oder als erste Händler in den Verkehr bringen, verpflichtet, bis zum 1. April 1932 dem Herrn Reichskommissar für Preisüberwachung für jede Ware Angaben über Verkaufspreis, Nettogewicht, Großhandelsrabatt und Kleinhandelsrabatt entsprechend der vorbezeichneten Verordnung zu machen, soweit die Verkaufspreise dieser Markenwaren im Kleinhandel durch Verträge gebunden sind.

Zur Vermeidung etwaiger Bestrafungen ist den infrage kommenden Personen zu empfehlen, die geforderten Angaben unverzüglich einzureichen.

Anbauflächenerhebung

Wie in früheren Jahren, so soll auch in diesem Jahre wieder eine Anbauflächenerhebung stattfinden.

Da die Erhebung von ganz besonderem Interesse ist, weil wichtige Entscheidungen der Reichs- und Landesbehörden auf agrarpolitischem Gebiete davon abhängen, ist die genaueste Feststellung der Ergebnisse erforderlich. Die Ortseinwohner werden daher gebeten, den mit der Durchführung der Anbauflächenerhebung betreuten Personen bei der Erhebung bereitwilligst und genaue Angaben zu machen, damit ein möglichst einwandfreier Ueberblick über die landwirtschaftlichen Anbauflächenverhältnisse gewonnen wird.

Landesverband des Dachdeckerhandwerks

Am Sonntag trat in Ohligs im Zentralhotel der Landesverband des Dachdeckerhandwerks für das Bergische Land, Sieg und Ruhr (Gau 14) zu einer vor 175 Personen besuchten Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Fritz Rebeling (Lennep) zusammen. Neben der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten befaßte man sich in stundenlangen Erörterungen mit den hohen Beiträgen für die Berufsgenossenschaften. Es wurde heftige Kritik an den hohen Beiträgen überhaupt und im besondern für den Dachdeckerberuf laut. Die Beiträge für den Dachdeckerberuf stünden in keinem Verhältnis zu den Beiträgen der anderen Berufe. Während der Bauhandwerker 0,77 v. H., die Anstreicher 2,7 v. H., die Maurer 5 v. H. des Lohns an Beiträgen bezahlen müßten, würden von den Dachdeckern 10,71 v. H. des Lohns verlangt, obwohl die andern Berufe ebenso gefährlich wären. Man verlange eine gerechtere Verteilung der Beitragsleistungen und nicht eine einseitige Belastung eines einzelnen Berufs. Das Publikum möge Rücksicht auf die Dachdecker nehmen, denn eine richtige Preissenkung sei bei diesen hohen Beiträgen nicht möglich.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung gebeten wird, sich der Beitragssenkung für die Dachdecker-Berufsgenossenschaft anzunehmen. Im Verlauf der weiteren Tagung wurde eine Reihe Mitglieder für 25jährige Mitgliedschaft geehrt.

Kürassierverband Bergisch Land

Die Vertreter der bergischen Kürassiervereine haben in Wermelskirchen einen Kürassierverband Bergisch Land gegründet. Dem Verband schlossen sich die Kürassiervereine von Elberfeld, Barmen, Solingen und der Verein ehemaliger Kürassiere Bergisch Land an.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Wieder zwei Tote durch Gasvergiftung

Zerrüttete Familienverhältnisse haben hier wiederum ein Ehepaar in den Tod getrieben, das in Barmen-Nächstebreck am Sonntag morgen mit einer schweren Gasvergiftung aufgefunden wurde. Bei dem Ehemann waren die Wiederbelebungsversuche nicht von Erfolg. Die Frau gab noch Lebenszeichen von sich und wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen auch gestorben ist. Ein Kind kam mit dem Leben davon.

Köln

Ein mutiger Retter

Gestern Nachmittag spielten einige Kinder mit Bällen am Rhein in der Nähe der Bastei. Der Ball eines sechsjährigen Jungen fiel in den Rhein. Bei dem Versuch, das Spielzeug mit einem Stock herauszuholen, verlor der Junge das Uebergewicht und stürzte ins Wasser. Ein zufällig vorbeikommender junger Mann zog Mantel und Rock aus und schwamm dem Kinde, das inzwischen abgetrieben war und schon versank, nach und konnte es vor dem sicheren Tode des Ertrinkens retten. Passanten, die sich inzwischen angesammelt hatten und die Adresse des Retters zu erfahren wünschten, entzog er sich mit dem Bemerken, daß die Rettung eine selbstverständliche Pflicht sei, und er keine Anerkennung wünsche.

Blutiger Ausgang einer Kommunionsfeier

In der Nacht zum Montag entstand in einem Hause in der Krieler Straße zwischen Hausbewohnern anläßlich der Festlichkeit einer Kinderkommunion eine Streitigkeit, die in eine wilde Schlägerei ausartete. Auf der Straße wurde der Kampf fortgesetzt, bis endlich das Ueberfallkommando die Ruhe wieder herstellte. Zwei Frauen, die erheblich verletzt waren, mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Insgesamt sieben Personen wurden festgenommen.

Turnen und Sport in der Heimat

DT-Handball

Bergischer Gau

Das Handballprogramm des vergangenen Sonntags wurde durch die Absagen der Spiele Bliedinghausen gegen RTV noch erheblich verringert. Am Samstag kamen auf dem Goldenberger Platz interessante Begegnungen zwischen Hasten und Goldenberg zum Austrag.

Goldenberg 1. — Hasten 1. 2:2
Goldenberg 1b — Hasten 1b 8:0
Goldenberg 1a — Oberbarmen 1a 4:3
Wermelskirchen 1. — Jahn 1. 3:13
Wermelskirchen 2. — Jahn 2. 2:5
Volksjugend 1. — Haddenbach 1. 3:5
Tgd. Burg 1. — Volksjugend 1b 1:2
Tura Höhrath 1. — Hilgen 1. 6:5
Reinshagen 1a — Turnerbund 1a 4:2

Gauhallengerätewettkämpfe in Remscheid

Die diesjährigen Gauhallengerätewettkämpfe in der Turnhalle des RTV 61 in Remscheid übertrafen alle bisherigen Kämpfe, sowohl an Teilnehmerzahlen als auch an Leistungen in den einzelnen Wettkampfstufen. Erfreulicherweise kann man die Feststellung machen, daß das Geräteturnen nicht nur bei den aktiven Turnern und Turnerinnen eine bedeutende Vertiefung, sondern auch bei den Zuschauern eine außerordentliche Anteilnahme in stets stärkerem Maße gefunden hat, wovon der überaus starke Besuch der Veranstaltung bestes Zeugnis gibt. In der geräumigen und lichtdurchfluteten Turnhalle an der Friedrichstraße entwickelte sich dann auch ein farbenfreudiges und schmuckes Bild der zahlreichen Wettkämpfer, die zahlenmäßig fast in der doppelten Anzahl erschienen, als bei der vorjährigen Veranstaltung. Unter der Leitung des Gauoberturnwartes Benscheid, des Gaumännerturnwartes Keusen und des Gaufrauenturnwartes Bockhacker nahmen dann alle Kämpfe einen reibungslosen Verlauf. Nach diesen waren auch die Berechnungsleute mit der notwendigen Ausrechnung fertig, so daß nach mehr als dreistündiger Dauer Gauoberturnwart Benscheid die Siegerverkündigung durch die beiden Gaufachwarte Keusen und Bockhacker vornehmen ließ. Gauvertreter Siebold-Hilgen richtete zuvor noch einige Worte des Dankes an die Turner und Turnerinnen und an die zahlreichen Gäste und wies in kurzen Ausführungen auf den Wert des deutschen Geräteturnens hin. Die reibungslose Abwicklung, sowie die überaus starke Anteilnahme der Turner und Turnerinnen und des Publikums bewiesen den Erfolg der Veranstaltung, die in der Geschichte des Bergischen Turnerlebens wiederum ein voller Erfolg wurde.

Von der Burscheider Turngemeinde wurde im Handgerätekampf der Turnerinnen Frl. Irma Wolter 4. mit 40 Punkten.

Turngemeinde Hilgen

Beim diesjährigen Kreisgeländelauf in Benrath konnte der Turner Werner Birkenbeul in der Mittelstufe über 5 Klm. bei zahlreicher Beteiligung den 13. Platz belegen.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft

Industrie 4,1; Winterspinat 8,1—10,5; Feldsalat 8—24; Wirsing grün 4,9—11,8; Dauerrotkohl 5,9—6,1; Rosenkohl 12—13; Grünkohl 1,5—3,9; Zwiebel 15; Rote Möhren 3,2—6,7; Rote Beete 5,3—5,7; Rübstiel 6,6—7,7; Radies 3—5,5; Sellerie 15; Porree 2,7—4,2; Kopfsalat 13—15; Treibhausgurken 38—40.

Tendenz: Anfuhr mittel, Nachfrage gut.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Hühner ein beliebtes Diebstahlsobjekt

Leverkusen-Schlebusch, 5. April In der Nacht zum Freitag wurde an zwei Stellen im Stadtteil Schlebusch eingebrochen. Aus einem Stalle im Hause Linienstraße 50 wurden elf weiße Hühner und ein Hahn gestohlen. In dem Hause Linienstraße 60 erbrach man einen Stall und stahl daraus acht Hühner. Die nach den Tätern angestellten Nachforschungen sind ohne Erfolg geblieben.

Paddler ertrunken

Monheim, 5. April. Am Sonntagnachmittag ereignete sich auf dem Rhein gegenüber der Wirtschaft Herber ein bedauerlicher Unfall. Ein zu Berg fahrendes Paddelboot mit zwei Insassen geriet anscheinend durch unvorsichtiges Fahren in starken Wellengang, so daß es umschlug. Ein 16jähriger Paddler ertrank, der andere konnte durch die schnelle Hilfe des Baumberger Fährmanns gerettet werden. Es handelt sich um zwei Brüder aus Hilden. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht geborgen werden.

28 Hühner gestohlen

Monheim, 5. April. In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden auf einer hiesigen Hühnerfarm 28 Hühner entwendet. Die Polizei nahm zusammen mit dem hiesigen Landjäger die erforderlichen Feststellungen auf, die jedoch zu keinem Erfolg führten.

Autounglück

Leichlingen, 5. April. In der vergangenen Woche kam es zu einem Autounglück an der Straße nach Roderbirken. Der Schnellastwagen einer Düsseldorfer Firma fuhr aus Richtung Roderbirken auf der Straße kurz vor dem Ordelaufgang. Beim Ausweichen vor einem in entgegengesetzter Richtung kommenden Personenwagen geriet der Lieferwagen zu nahe an die Böschung heran, rutschte auf dem regengetränkten Rasen ab und überschlug sich. Die 5 mitfahrenden Personen kamen mit dem Schrecken davon, es wurde keiner verletzt. Auch der Wagen wurde nur unwesentlich beschädigt.

Das Neueste

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh 6,32 Uhr in Friedrichshafen unter Führung von Kapitän Lehmann erneut zu seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt aufgestiegen.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin" um 9,15 Uhr in Regen und Nebel die Stadt Dijon überflogen. Das Luftschiff steht in ständiger Funkspruchverbindung mit dem Flughafen Le Bourget.

In Berlin wurden in der vergangenen Nacht vermutlich von Kommunisten 18 Anschlagsäulen in Brand gesteckt. 70 Personen wurden wegen politischer Vergehen festgenommen.

Der Bürgermeister von Wörlitz, Behrens, wurde heute früh im Hofe des Dessauer Rathauses erschossen aufgefunden. Es liegt offenbar Selbstmord vor. Irgend ein Anhaltspunkt für die Tat konnte aus den Papieren, die der Bürgermeister bei sich trug, nicht gefunden werden.

Es bestätigt sich, daß außer Polen auch die Schweiz den Wunsch ausgesprochen hat, an den abschließenden Verhandlungen über die Donaufrage unter den gleichen Bedingungen wie Deutschland und Italien teilzunehmen.

In der berühmten Farnesina, dem Sitz der königl. italienischen Akademie in Rom, fand gestern Abend die feierliche Ueberreichung des Reisetagebuches des Vaters Goethe an den deutschen Botschafter statt. Dieses Werk ist ein Goethegeschenk Italiens an das deutsche Volk.

Am heutigen Dienstag beginnt in Paris der 24stündige Generalstreik der Theater, Lichtspielhäuser, Varietees und Tanzstätten gegen die Steuerbeschlüsse der Regierung.

Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat Dienstag-Morgen ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unverkennbarer Zufriedenheit Platz gemacht.

Zur Besprechung Tardieu-MacDonald sagt die Agentur Havas, nach Ansicht Englands und Frankreichs könne der Zusammenbruch der Donaustaaten nur durch eine gemeinsame Anstrengung der Donauländer zusammen mit einer finanziellen Unterstützung der vier Europagroßmächte vermieden werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 21. März 2 576 000.

Irlands Antwort an England wird heute Nachmittag erfolgen.

Die Newyorker Morgenpresse mißbilligt aufs schärfste die geplante Befreiung der Philipinen im Jahre 1940, die das Abgeordnetenhaus mit 306 gegen 47 Stimmen beschlossen hat.

Nach Meldungen aus Schanghai sind die chinesisch-japanischen Besprechungen über die neutrale Zone und die Zurückziehung der japanischen Truppen bisher ergebnislos verlaufen.

Aus den Parteien

Landtagswahlvorschlag der Deutschen Staatspartei

Der Vertretertag der Deutschen Staatspartei stellte für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost einstimmig den bisher den Wahlkreis im Preußischen Landtag vertretenden Abgeordneten, Professor Greßler-Wuppertal wiederum als Spitzenkandidaten auf. An zweiter Stelle wurde Frl. Hackenjost, Sozialbeamtin, Opladen, nominiert. Beide stehen auch an der Spitze des Wahlvorschlages Düsseldorf-West. Weiterhin verzeichnet der Kreiswahlvorschlag u. a. Dr. Middelhauve, Friedr. Buchdruckereibesitzer, Opladen.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Das Wetter von heute und morgen

Kühler und wechselnd wolkig mit wiederholten Regenschauern.

Der grosse Karner

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

15

„Nein! Die Einnahmen des Werkes sind so glänzend, daß es sich nicht nur trägt, sondern hohe Ueberschüsse abwirft."

„Ich bringe dir weitere fünfzig Millionen in guten, sicheren Papieren."

Karner nickte gleichmütig. Die Summe schien ihn nicht in Staunen zu bringen.

„Unser Werk wird sie noch brauchen!"

„Ja, Bruder Karner! Dir stehen noch viele hundert Millionen zur Verfügung, denn wir wissen, daß du dem großen Werk nicht untreu wirst!"

„Nie, Bruder Karma!" Wie ein Schwur klang das Wort.

„Es ist noch ein anderes, was mich zu dir führt. Du bist in Gefahr, Bruder!"

„In Gefahr? Sprich weiter, Bruder Karma! In Gefahr bin ich immer. Wenn du aber davon sprichst, dann muß es eine besondere sein."

Der Inder nickte.

„Ja! Sie ist nicht klein. Die englische Regierung hat . . . Maxim Donell gewonnen. Er soll dir dein Geheimnis entreißen."

Karner war überrascht. „Maxim Donell!"

„Es gibt," fuhr der Inder fort, „auf der Welt zwei Menschen, deren Fähigkeiten die der anderen weit überragen. Der eine bist du, Bruder Karner, der andere ist . . . Maxim Donell. Du gibst deine Kraft dem größten Werk, und der andere setzt sie nur für sich ein. Du kennst Maxim Donell?"

„Nur aus deinen Reden!"

„Wenn ich dir sage, daß Maxim Donell bereits in deinen Werken . . . arbeitet, wirst du erschrecken."

Aber Karners Erstaunen war nicht so überwältigend. Er nickte für sich hin, als wisse er Bescheid.

„In meinem Werk? Das ist wohl möglich! Woher weißt du es?"

„Ich habe durch meine Freunde gute Verbindungen mit der englischen Regierung. Rama Singh erfuhr, daß Maxim Donell einen neuen Auftrag der Regierung erhalten hatte. Ravel und Sahiti, unsere Spürhunde, ließen ihn nicht aus den Augen. Sie verloren hier seine Spur, denn er war schlauer als sie. Aber ich taxiere sicher richtig, wenn ich annehme, er ist in deinem Werk."

Karner nickte wieder und sprach dann ruhig: „Habe einen Augenblick Geduld, Bruder Karma! Ich will Hallenbach zu mir bitten."

* * *

Hallenbach und Anne fuhren zusammen, als das Telephon schrillte und Karner seinen Mitarbeiter sofort zu sich bat.

Hallenbach ahnte, daß ein besonderer Grund vorlag.

Er fand Karner in der Gesellschaft des Inders. Beide waren sehr ernst.

„Herr Hallenbach," begann Karner, „Sie äußerten vorhin, daß Sie nach dem Punsch gut schlafen würden. Sie müssen die Absicht aufgeben, denn ich brauche heute Nacht Ihre Kraft."

„Verfügen Sie, Herr Karner!" war die selbstverständliche Antwort.

„Hören Sie: Bruder Karma teilt mir soeben mit, daß die englische Regierung ihren tüchtigsten Mann, Maxim Donell, gegen uns mobil gemacht hat. Das war mir neu! Die Spur dieses genialen Spions ist bis hierher verfolgt worden. Sagen Sie mir, wer in unserem Werk kann es sein?"

„Werkmeister Klingler!" war die sichere Antwort.

„Er ist es zweifellos, Herr Hallenbach. Wie gut war es, daß wir damals die Auskünfte einholten. Sie bewiesen uns, daß unser tüchtiger Werkmeister Klingler . . . ein anderer ist."

Der Inder sah erstaunt auf Karner.

„Du wußtest bereits, daß Maxim Donell . . .?"

„Nein!!" wehrte Karner ab. „Das war mir nicht bekannt. Ich wußte nur, daß sich hinter einem meiner tüchtigsten Leute . . . ein anderer verbirgt. Deine Mitteilungen lassen mich darauf schließen, daß es sich um Maxim Donell handelt."

Karma begriff den Freund nicht.

„Warum hast du ihm nicht gleich das Handwerk gelegt?"

„Warum? Weil er mir nichts schaden kann. Du weißt, wie geschützt ich bin. Und . . . weil er sehr tüchtig ist. Er sollte mir erst noch etwas Tüchtiges leisten, und ich kann dir versichern, daß er es getan hat. Jetzt ist natürlich seine Zeit um."

Karma starrte ihn an wie ein Wunder.

Karner wandte sich wieder Hallenbach zu.

„Er muß noch heute Nacht abgeschoben werden. Sie fahren mit ihm per Auto nach Berlin. Inspektor Raschke soll Sie begleiten. Von Berlin aus lassen Sie ihn per Flugzeug nach England bringen. Es wird bei dieser Witterung möglich sein."

„Ich werde dafür sorgen, Herr Karner!"

„Es ist gut, Herr Hallenbach. Jetzt wollen wir wieder zu Fräulein Walthaus und Herrn Cramer gehen. Sie langweilen sich sonst, und zu diesem Zwecke habe ich sie nicht eingeladen."

„Und Klingler . . .?"

„Der pflichtgetreue Werkmeister Klingler kontrolliert sicher heute Nacht wieder die Hallen, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn er nicht punkt zwölf Uhr kommt, um uns ein glückliches neues Jahr zu wünschen. Wir sind nicht unhöflich und werden es ihm ebenfalls wünschen."

* * *

Sie saßen zusammen und erwarteten das neue Jahr.

Anne fühlte sich bedrückt. Die Anwesenheit des ernsten Inders nahm ihr die beschwingte Fröhlichkeit des Herzens. Alle herzlichen und freundlichen Worte Karners vermochten das Gefühl der Beklemmung nicht zu bannen.

Zwölf Uhr!

Zwölf wuchtige Schläge der prachtvollen Standuhr beschlossen das alte Jahr.

Und während sie einander herzliche Wünsche für das kommende Jahr aussprachen, erklang eine wohllaute Männerstimme.

„Gesundes neues Jahr, Herr Karner!"

Es war Werkmeister Klingler, der zusammen mit Frau Heyse eintrat. Bescheiden blieb er an der Türe stehen. Doch Karner winkte ihm in seiner gewinnenden Art, doch näher zu treten.

Der Werkmeister verbeugte sich und trat an den Tisch, seine Neujahrswünsche wiederholend. Auch die anderen Anwesenden beglückwünschte er. Dann nahm er bescheiden Platz und ließ Frau Heyse ihre Neujahrswünsche auskramen.

„Sie sind noch im Dienst, Herr Klingler?"

„Jawohl, Herr Karner! Ich habe die Hallen kontrolliert. Ich kann Sie zu Ihrem Personal nur beglückwünschen."

„Das höre ich gern!" sagte Karner. „Wie gefällt es Ihnen bei uns, Herr Klingler?"

„Ich danke, ganz ausgezeichnet! Die Arbeit befriedigt mich."

„Das neue Jahr wird noch mehr Arbeit bringen! Ich gedenke die Hallen um weitere zwölf zu vermehren."

Der Werkmeister setzte ein erstauntes, bewunderndes Gesicht auf.

Dann können Sie ja bald ganz Europa speisen, Herr Karner." In seinen Worten schien ehrliche Hochachtung.

„Das wäre zuviel gesagt! Länder wie England . . . Frankreich, Italien und Spanien dürfen auf meinen Strom nicht so bald rechnen."

Und dabei sah er Hallenbach herausfordernd an, und der verstand, was Karner wollte.

Klingler sagte: „Ich glaube doch, daß die Möglichkeit bestünde. Die Länder haben den dringenden Wunsch geäußert, in Ihr Elektrifizierungsprogramm einbezogen zu werden."

Karner antwortete ernst. „Ich weiß es, lieber Freund. Ich will Ihnen auch heute sagen, warum es nicht so rasch gehen wird. Ich verlange von allen Völkern als Gegengabe nur eins: die Freiheit der Welt!"

Freiheit der Welt!

Mit glänzenden Augen sahen die Anwesenden Karner an, der wie der menschgewordene Wille vor ihnen saß.

„Freiheit der Welt! Das ist es, meine Freunde, was ich schaffen will. Und Sie sollen es England sagen . . . Maxim Donell!"

Wie ein Schlag traf das Wort den Werkmeister.

So plötzlich kam es, daß der Mann, der sonst jeden Nerv in der Gewalt hatte, vor Schreck zusammenfuhr.

Alle Augen ruhten auf dem Entlarvten.

„Mein Kompliment, Herr Donell!" sagte Karner unvermindert liebenswürdig. „Das hätten Sie glänzend eingeleitet. Den geschickten Werkmeister hätte ich gern für immer behalten, aber für Maxim Donell habe ich doch keine Verwendung."

Donell sah ein, daß das Leugnen zwecklos war. Karner hatte ihn mattgesetzt.

„Ich bin . . . Maxim Donell! Sie waren schlauer als ich!"

„Man wacht über mich, Herr Donell. Und wie Sie sehen nicht schlecht."

Donell mußte den starken Augen Karners ausweichen

„Was wollen Sie mit mir tun, Herr Karner?"

„Nichts! Lediglich nach England abschieben. Und dann noch . . . eine Kleinigkeit."

„Ich verhehle Ihnen nicht, daß Sie mich nur loswerden . . wenn Sie mich auslöschen."

„Ich bin Deutscher, Herr Donell!"

Das Wort traf. Dunkle Röte färbte Donells Antlitz.

„Sie schätzen mich gering ein!"

Karner, der ihn nicht eine Sekunde aus den Augen ließ, schüttelte den Kopf. „Für meine Erfindung gibt es keine Gefahr. Die können Sie nie stehlen."

Die Persönlichkeit des Herrn der Karnerwerke wirkte so stark auf Maxim Donell ein, daß er sich gewaltsam zusammennehmen mußte, um seine Sicherheit in nicht noch viel stärkerem Maße zu verlieren.

„Ich möchte Ihnen nicht verhehlen, Herr Karner, daß es mir tatsächlich Spaß gemacht hat, an Ihrem Werke ein wenig mitzuhelfen."

„Ich nehme die Worte als eine Anerkennung. Ich danke Ihnen. Doch wollen wir noch eins vor Ihrer Abreise erledigen. Sie werden der verführten Martha Skuller . . . das war kein Meisterstreich . . . Ihren Namen geben."

„Dagegen protestiere ich, Herr Karner!" sagte Donell heftig.

„Dann übergebe ich Sie den Gerichten!" sagte Karner bestimmt. „Lediglich Ihren Namen. Die Sorge für das Mädchen übernehme ich. Sie taugen nicht für die Ehe. Es wird Sie gewiß nicht stören, wenn es eine Frau Martha Donell gibt. Sie heiraten doch bestimmt nicht."

Martha Skuller wurde noch in derselben Nacht Maxim Donell angetraut.

Als ihr aber Karner mitteilte, daß sie nur Donells Namen tragen werde, aber auf eine eheliche Gemeinschaft mit Donell verzichten müsse, weil er ein Spion der englischen Regierung sei, brach das junge Weib verzweifelt zusammen.

„Armes Kind!" sagte Karner, dem es bitter ankam. Dann wandte er sich an Donell.

„Oder wollen Sie Martha, Ihre Frau mitnehmen?"

„Nein!" sagte Donell rauh mit weggewandtem Gesicht.

„Sie spielen mit dem Leben, mit den Menschen." sagte Karner tiefernst. „Ihre Stunde wird auch kommen, da das Leben mit Ihnen spielt, Donell!"

* * *

Nach einer Viertelstunde fuhr das Auto ab.

Knapp zwei Stunden später war Hallenbach, den Raschke begleitete, in Berlin. Es gelang ihm, einen Piloten zu finden, der sich verpflichtete, Donell nach England zu bringen.

* * *

Karner saß noch spät nach Mitternacht dem Inder Karma gegenüber.

„Ich muß dich bitten, Bruder Karma, daß du mir von meinen Eltern, meinem Vormund, von meinem früheren Leben überhaupt erzählst. Du weißt, daß durch meine lange Krankheit und meine schwere Tätigkeit bei den Arbeiten der Stromerzeugung fast alle Erinnerungen an Jugend und Kindheit ausgelöscht sind. Erzähle mir, Bruder Karma."

Der Inder schien durch Karners Worte beunruhigt.

„Was soll ich dir sagen, Bruder! Ich weiß selbst fast nichts. Deine Eltern waren beide Deutsche, die zwanzig Jahre in Indien lebten und an Typhus starben. Du warst damals vier Jahre alt. Mein Freund, der weise Mir O'Hall, nahm dich als Kind an, und du bist mit ihm, als du zwölf Jahre alt warst, durch alle Länder der Welt gereist, hast in Deutschland, wenn ich recht unterrichtet bin, Naturwissenschaften studiert und kamst vor vier Jahren zurück nach Lahore, um das Erbe Mir O'Halls anzutreten und deine Erfindung auszuprobieren. Dort lernten wir uns kennen, Bruder Karner. Das ist alles, was ich von deinem Leben weiß."

Karner saß in Gedanken versunken da und nickte.

„Das . . . ist meine Geschichte. Das muß sie sein, Bruder Karma . . . und doch! Ich habe so manchmal das Gefühl, als ob ich Furchtbares erlebt hätte. Als sei ich ein ganz anderer Mensch, als habe ich früher, vor langer, langer Zeit schon einmal gelebt. Verstehst du mich, Bruder?"

Karma hielt das Haupt gesenkt und sagte leise: „Brahmas Geheimnisse sind uns nicht offenbar, Bruder."

„Ja! Wir wissen ja nichts, sind törichte Menschen voll törichter Gedanken und Träume. Vor einigen Tagen, als ich in der Erzeugungsabteilung arbeitete, da . . . mit einem Male sah ich ein so furchtbares Bild, daß mir graute. Ich lag aufgebahrt, tot . . . Lichter brannten an meinem Totenlager und ein junges Weib kniete vor mir und weinte. Da packte mich das Entsetzen. Mir war in dem Augenblick, als sei ich nicht Karner, sondern ein ganz anderer Mensch. Erst als ich die Erzeugungsabteilung verlassen hatte und wieder im Freien stand, verließ mich der Spuk."

Karma sah ihn traurig an.

„Unser Werk ist so groß, Bruder. Du sollst es vollbringen und mußt dich schonen. Gehe nicht so oft in die Hölle der Erzeugung der Kraft! Erhalte dich gesund!"

„Ich will es ja, Bruder. Doch du weißt, daß meine Erfindung noch zu jung ist. Es gibt Störungen, kleine zwar nur, aber ich muß sie beseitigen. Und wer kann da den Gedanken gebieten? Kein Mensch vermag es! Verzeih mir meine törichte Frage. Aber ist es nicht so seltsam, daß ich einem Toten und einem Lebenden ähnlich sehe? Graf Walthaus, Annes Bruder ist der Tote, und der junge Fürst Michailoff ist der Lebende. Ist das nicht alles unbegreiflich?"

Karmas dunkle Augen ruhten voll auf Karner.

„Die Natur spielt seltsam, Bruder!"

„Ja, so muß es sein!" sagte Karner nachdenklich. „Aber ist es nicht verständlich, daß Unruhe in die Seele kommt?"

„Du mußt sie aus deiner Seele bannen," sagte der Inder herzlich. „Du mußt mir glauben und vertrauen."

„Ich tue es, Bruder! Sei ohne Sorgen, der Karner bleibt der Mann der Tat. Ich will nicht grübeln, ich will es nicht."

Da umarmte ihn der Inder. Die herzliche Bewegung überraschte Karner.

„Wir bleiben Freunde, Bruder!" sagte er verwirrt.

„Ja!" antwortete Karma, und tiefe Herzlichkeit schwang im Ton seiner Stimme. „Ich habe dich lieb, als wenn du mein Sohn wärest."

* * *

Am 1. Januar früh um zehn Uhr kam Hallenbach zurück und erstattete Karner Bericht.

Karner dankte ihm und bat ihn, ein paar Stunden zu ruhen. Er erwartete ihn um drei Uhr wieder zu einer Besprechung. Im Verlaufe dieser Besprechung fragte Hallenbach Karner: „Glauben Sie, daß wir jetzt vor Maxim Donell Ruhe haben."

„Nein!" sagte Karner bestimmt. „Er ist ein zäher Bursche. Aber wir haben jetzt, da wir wissen, daß er auf uns losgelassen ist, eine Chance voraus."

„Wer ist eigentlich dieser Maxim Donell?"

„Ein Abenteurer, ein Bankrotteur des Lebens und doch ein Genie. Er ist ein Mensch, den eine unerschöpfliche Genußsucht zur höchsten Entfaltung seiner bedeutenden Fähigkeiten bringt. Er hat der englischen Regierung schon viel geleistet. Er ist ein Spion par excellence!"

„Ob man diesen gefährlichen Gegner nicht mit Geld unschädlich machen könnte? Oder glauben Sie, daß sein Patriotismus ihn dagegen gefeit hat?"

„Patriotismus? Vaterlandsliebe? Das sind fremde Begriffe für Donell. Er soll auch kein Engländer sein. Und ihn durch Geld kaltstellen? Mein lieber Hallenbach, soviel Geld gibt es nicht, um Donell befriedigen zu können. Ob ich ihm eine oder hundert Millionen in die Hand gebe, das bliebe sich gleich. In fabelhaft kurzer Zeit hätte er sie durchgebracht. Und dann steckt in dem Mann ein ungeheurer Trieb zum Abenteuer. Das prickelnde, nervenkitzelnde Spiel ist für ihn Leben. Lassen wir ihn! Wir werden auf der Hut sein. Es sind mehr wachsame Augen um mich, als Sie glauben."

„Diese Gewißheit habe ich allerdings bekommen."

* * *

Donell suchte seinen Vorgesetzten, den Staatssekretär Bellock auf, als er in London angekommen war.

Der Staatsmann erschrak nicht wenig, als er den Spion erblickte. Unruhig fragte er ihn.

„Was führt Sie nach London?"

Donell lachte kurz auf und sagte dann hastig: „Herr Karner hat mich abgeschoben. Er ist hinter mein Geheimnis gekommen, Sir. Seine Verbindungen müssen bis in die englischen Regierungskreise reichen."

Der Staatssekretär fuhr zusammen.

„Erzählen Sie!"

Und Donell berichtete. Als er aber von Karners Plänen sprach, als das Wort „Freiheit der Welt" durch den Raum gellte, da wankte der englische Staatsmann im Sessel.

„Lassen Sie mich jetzt allein, Mister Donell!" sagte Bellock mühsam.

Donell stand auf und verbeugte sich. „Ich stehe weiter zu Ihrer Verfügung. Diese Aufgabe hat für mich an Reiz gewonnen, Lord Bellock."

„Es ist gut, Mr. Donell. Melden Sie sich morgen bei Kellogh."

An der Tür blieb Donell noch einmal stehen und sagte: „Ich habe vergessen, Ihnen mitzuteilen, daß ich den Maharadscha von Makaopur bei Herrn Karners gesehen habe."

„Wen?" schrie Bellock auf.

„Den Maharadscha von Makaopur!"

Kurz und trocken lachte Bellock auf. „Haben Sie ihn genau erkannt? Sein Zwillingsbruder sieht ihm sehr ähnlich."

„Ich täusche mich nicht. Sein Bruder Timur ist kleiner."

Bellock trommelte mit den Fingern erregt auf dem Tisch, sprang dann auf. Jetzt wissen wir endlich, wo die Gelder aus Indien hinfließen. Jetzt wissen wir, daß wir in Karner den Todfeind des englischen Weltreiches erblicken müssen. Nun . . . wir werden handeln! Er soll uns auf dem Posten finden, der . . . Herr Karner!"

7.

Am 6. Mai des folgenden Jahres war der Anschluß aller deutschen Elektrizitätsgesellschaften an das Karnerwerk vollendet.